



Protokoll des Einwohnerrats

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

17. Sitzung vom 4. Mai 2026

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.10 Uhr

Leitung: Thomas Häfele Racin (Präsident)

Anwesend: 34 Mitglieder

Entschuldigt: Monique van Loon, Dunja Bühler, Gaida Löhr, Jonas Lüthi, Marco Gianì

Verspätet:

Präsident:

Thomas Häfele Racin

Protokoll:

Sandra Matter

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet die Sitzung und heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, die anwesenden Mitglieder des Gemeinderates sowie die Gäste herzlich willkommen. Besonders begrüsst er Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, stellvertretenden Verwaltungsleiter Bernard Keller, Protokollführerin Sandra Matter, Wachtmeister Mischa Schneider, Abwart Daniel Platzgummer sowie die anwesenden Medienvertretenden Gregor Szyndler vom Binninger Wochenblatt und Rolf Zenklusen vom Binninger Anzeiger und dankt ihnen für ihr Erscheinen.

Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP gratuliert Marco Giani, FDP zur Wahl in den Gemeinderat vom 19. April 2026. Er führt aus, Marco Giani habe sein Amt inzwischen angetreten und sei neu für den Geschäftskreis Gesundheit und Alter zuständig. Der Präsident wünsche ihm für seine neue Aufgabe viel Erfolg und Kraft.

Weiter hält der Präsident fest, der Gemeinderat sei damit wieder vollständig besetzt. Der Sitz von Marco Giani im Einwohnerrat bleibe vorerst vakant, da dessen Nachfolger Laurent Inäbnit, FDP aus rechtlichen Gründen erst an der nächsten Sitzung teilnehmen könne. Zudem begrüsst der Präsident Niklas Mattsson, SVP, welcher erstmals an einer Sitzung des Einwohnerrates teilnehme. Dieser rücke für den zurückgetretenen Stefan Gubelmann, SVP nach. Dem neuen Ratsmitglied wünsche er viel Energie und Freude bei der Ausübung seines Amtes.

Im Weiteren informiert der Präsident über die Inbetriebnahme einer neuen Abstimmungsanlage. Er erläutert, dass die Geräte nicht mehr manuell ein- oder ausgeschaltet werden müssten, da sie automatisch aktiviert seien. Die Tasten 4 bis 10 seien ohne Funktion. Für eine Ja-Stimme sei die Taste 1 zu drücken, für eine Nein-Stimme die Taste 2 und für eine Enthaltung die Taste 3. Der Präsident führt weiter aus, neu werde das Abstimmungsverhalten der Ratsmitglieder visualisiert und live angezeigt, analog zum System im Nationalratssaal. Für die Stimmabgabe stünden weiterhin 15 Sekunden zur Verfügung. Sollte während der Abstimmungsphase eine Korrektur vorgenommen werden wollen, könne dies mittels des roten Knopfes oben links am Gerät erfolgen, worauf erneut abgestimmt werden könne. Abschliessend erkundigt sich der Präsident nach allfälligen Fragen aus dem Rat zum neuen Abstimmungssystem. Er weist darauf hin, dass Mikrofon- und Lautsprecheranlage unverändert geblieben seien und ersucht die Ratsmitglieder, weiterhin laut, langsam, deutlich und nahe am Mikrofon zu sprechen. Er dankt für die Aufmerksamkeit und wünscht eine effiziente Sitzung.

Präsenz

Zur Präsenz hält *Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* fest, dass neben der Vakanz in der FDP-Fraktion folgende Ratsmitglieder für die Sitzung entschuldigt seien: Jonas Lüthi, FDP, Dunja Bühler, FDP, Monique van Loon, Mitte/GLP, Gaida Löhr, SP sowie Elif Cakar, Grüne/EVP. Der Präsident stellt fest, dass 34 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend sind. Das absolute Mehr beträgt 18 Stimmen, das Zweidrittelmehr liegt bei 23 Stimmen und ein Drittel der Stimmen entspricht 12 Stimmen.

Probeabstimmung

Vor der Behandlung der Geschäfte kündigt *Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* eine Probeabstimmung mit der neuen Abstimmungsanlage an. Er erinnert daran, dass an der letzten Sitzung die Frage gestellt worden sei, wer die drei Stimmzählerinnen und Stimmzähler ernenne. Die korrekte Antwort habe gelautet, dass dies an der konstituierenden Sitzung durch das älteste Mitglied erfolge und anschliessend jeweils durch das Ratsbüro bestätigt werde. Da die Abstimmungsanlage an der letzten Sitzung nicht korrekt funktioniert habe, habe es im Klassement des Geschäftsordnungsquiz keine Veränderungen gegeben. Nach sechs Quizrunden führten weiterhin Jonathan Noack, SP sowie Peter Frauchiger, FDP gemeinsam die Rangliste an.

Anschliessend stellt der Präsident die neue Quizfrage zur Geschäftsordnung. Gefragt werde, welches Mehr für eine ausserordentliche Gesamterneuerung der Ratskommissionen erforderlich sei. Die Ratsmitglieder werden aufgefordert, mit Ja zu stimmen, sofern sie von einem einfachen Mehr ausgingen, mit Nein bei einem erforderlichen Zweidrittelmehr oder mit Enthaltung, falls eine solche Regelung in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen sei. Die Abstimmung wird durchgeführt.

Im Anschluss hält der Präsident fest, dass bis auf Evelyne Treuthardt, FDP und Brigitte Schori, FDP sämtliche Ratsmitglieder abgestimmt hätten. Die korrekte Antwort sei Nein gewesen. Gemäss § 15 Abs. 5 der Geschäftsordnung könne eine ausserordentliche Gesamterneuerung der Kommissionen nur durchgeführt werden, sofern mindestens zwei Drittel der anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates zustimmen.

Weiter erläutert der Präsident das Vorgehen bei einer Korrektur der Stimmabgabe. Innerhalb der laufenden Abstimmungsfrist müsse der rote Knopf oben links gedrückt und anschliessend die gewünschte Stimme erneut eingegeben werden.

Stv. Verwaltungsleiter Bernard Keller präzisiert ergänzend, dass nach Betätigung des roten Knopfes rechts ein grünes Licht erscheine, welches die Annahme der Korrektur bestätige. Erst wenn auf der Leinwand sichtbar sei, dass die ursprüngliche Farbmarkierung entfernt worden sei, könne erneut abgestimmt werden. Aufgrund der kurzen Frist von 15 Sekunden sei dabei ein rasches Vorgehen erforderlich.

Neue Vorstösse

Anfrage T. Häfele, FDP: Plakatierung Spiegelfeld	126
Anfrage S. Hauri, Grüne/EVP: Zwischennutzungskonzept Paradiesstrasse 1	131
Anfrage P. Frauchiger, FDP: Zukunft des Standorts der VISTA Augenklinik Binningen – Expansionsperspektiven oder möglicher Wegzug	132
Anfrage K. Glaser, Grüne: Kita/Robi	133
Interpellation K. Müller, SP: Binninger Boden behalten	134
Postulat K. Müller, SP: Eigene Arealentwicklung Schutzmatte	135
Interpellation P. Frauchiger, FDP: Sicherstellung von Archiv- und Lagerkapazitäten für ortsgeschichtlich relevante Sammlungsobjekte	136

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP führt aus, dass seit der letzten Sitzung sieben neue Vorstösse eingegangen seien. Dabei handle es sich um eine Anfrage des Präsidenten zum Thema «Plakatierung Spiegelfeld», eine Anfrage von Sirin Hauri, Grüne/EVP betreffend «Zwischennutzungskonzept Paradiesstrasse 1», eine Anfrage von Peter Frauchiger, FDP zur «Zukunft des Standorts der Vista-Augenklinik» sowie eine Anfrage von Karin Glaser, Grüne/EVP zum Thema «Kita/Robi». Die Antworten des Gemeinderates auf diese vier Anfragen seien in der Cloud aufgeschaltet worden. Gleiches gelte für die Antwort auf die Anfrage der SVP-Fraktion aus der letzten Sitzung betreffend «Lagerhaus Adelboden».

Weiter teilt der Präsident mit, dass eine Interpellation von Karin Müller, SP mit dem Titel «Binninger Boden behalten» eingegangen sei. Er erkundigt sich, ob die Interpellantin den Vorstoss begründen wolle. Eine Begründung erfolgt nicht.

Zudem sei ein Postulat von Karin Müller, SP zum Thema «Eigene Arealentwicklung Schutzmatte» eingereicht worden. Auf Anfrage des Präsidenten erfolgt auch hierzu keine Begründung durch die Postulantin.

Weiter informiert der Präsident über eine eingegangene Interpellation von Peter Frauchiger, FDP betreffend «Sicherstellung von Archiv- und Lagerkapazitäten für ortsgeschichtlich relevante Sammlungsobjekte» und erteilt dem Interpellanten das Wort zur Begründung.

Peter Frauchiger, FDP hält fest, dass sich in der Antwort eine aus seiner Sicht falsche Aussage befinde. Aus diesem Grund habe er sich per E-Mail an Protokollführerin Sandra Matter sowie an den Einwohnerratspräsidenten gewandt und darum ersucht, bis zu seiner Wortmeldung Vertraulichkeit zu wahren. Er führt aus, in der Antwort werde der Eindruck erweckt, er sei nicht bereit gewesen, mit der Gemeinde das Gespräch zu suchen, was seinem Leumund schade.

Der Votant erläutert weiter, aus der erwähnten E-Mail gehe hervor, dass er kontaktiert worden sei und einem Gespräch ausdrücklich zugestimmt habe. Seit dem 27. April 2026 habe er diesbezüglich jedoch nichts mehr gehört. Da Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger an der Sitzung nicht anwesend sei, erkundigt er sich, ob sich seitens der Gemeinde jemand dazu äussern wolle. Ihm sei wichtig, dass seine Sichtweise im Protokoll festgehalten werde. Er wolle nicht akzeptieren, dass aus seiner Sicht falsche Aussagen in einer Antwort festgehalten würden.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erkundigt sich anschliessend, ob dem Gemeinderat das Wort erteilt werden dürfe.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP führt aus, der Gemeinderat habe die betreffenden Fragen gerne in einem vertraulichen Gespräch besprechen wollen. Peter Frauchiger habe jedoch Bedingungen für ein solches Gespräch gestellt, auf welche der Gemeinderat nicht habe eingehen wollen. Die Gemeindepräsidentin erläutert weiter, der Gemeinderat handle im Interesse der Gemeinde und sei in verschiedene Angelegenheiten involviert, wobei teilweise Informationen bekannt seien, welche über den öffentlichen Kenntnisstand hinausgingen. Diese Informationen hätten nicht öffentlich diskutiert werden sollen. Aus diesem Grund seien die Antworten entsprechend formuliert worden. Peter Frauchiger habe zwar seine Bereitschaft zu einem Gespräch signalisiert, gleichzeitig jedoch verlangt, dass eine weitere Person anwesend sei, welche bestätigen könne, was im Gespräch gesagt worden sei. Unter diesen Voraussetzungen habe der Gemeinderat auf ein Gespräch verzichtet.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP weist darauf hin, dass im Anschluss an Anfragen grundsätzlich keine Diskussion vorgesehen sei. Er erteile Peter Frauchiger jedoch die Möglichkeit zu einer kurzen Replik.

Peter Frauchiger, FDP erklärt replizierend, die Antwort sei aus seiner Sicht verklausuliert formuliert worden. Er wolle deshalb klarstellen, dass er von Mike Keller kontaktiert worden sei mit der Frage, ob er zu einem Gespräch bereit sei. In diesem Zusammenhang habe er vorgeschlagen, Einwohnerratspräsident Thomas Häfele beizuziehen, welchen er als integre Person betrachte. Es habe sich dabei keineswegs um den Beizug einer beliebigen Drittperson gehandelt. Er habe lediglich gewünscht, dass das Gespräch in Anwesenheit von zwei Vertretungen beider Seiten geführt werde. Dies wolle er ausdrücklich protokollarisch festhalten.

Traktandenliste

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP leitet zur Behandlung der Traktandenliste über und erkundigt sich nach Änderungswünschen zur heutigen Traktandenliste. Da keine Änderungsanträge gestellt werden, hält der Präsident fest, dass die Geschäfte in der vorgesehenen Reihenfolge behandelt werden.

	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 2. Februar 2026	
2. Genehmigung des Protokolls vom 23. März 2026	
3. Ersatzwahlen Immobilienkommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	127

4.*	Bericht/Antrag des Gemeinderats vom 16.10.2025 Baumschutzreglement, 2. Lesung Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	46
5.*	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2025 Interpellation R. Büchelin, SP: Tartanbahn Sportplatz Spiegelfeld Geschäftskreisführung: Marc Schinzel	83
6.*	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.01.2026 Postulat L. Behrends, FDP: Prüfung eines automatischen Steuerrückvergütungsmechanismus in Binningen Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	84
7.	Bericht/Antrag des Gemeinderats vom 31.03.2026 Instandhaltung Schloss Binningen, Nachtragskredit Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	128
8.	Bericht/Antrag des Gemeinderats vom 31.03.2026 Teilrevision Energiefondsreglement Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	129
9.	Bericht/Antrag des Gemeinderats vom 14.04.2026 Abstellplatz-Reglement Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	130
10.*	Bericht / Antrag des Gemeinderates vom 03.03.2026 Interfraktionelle Interpellation: Mitwirkung ergebnisoffen gestalten Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	98
11.*	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.02.2026 Postulat R. Oberli, SVP: Begrünung Tramtrasse Linie 10/17 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	102
12.	Bericht/Antrag des Gemeinderats vom 14.04.2026 Interfraktionelles Postulat: Bessere Ordnung und mehr Sicherheit durch Zweiradparkplätze Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	104
13.	Bericht/Antrag des Gemeinderats vom 14.04.2026 Interpellation: Umsetzung von sicheren Velorouten in der Gemeinde Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	109
14.	Diversa	

* *verschobenes Traktandum*

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 2. Februar 2026

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP führt aus, dass Christian Schmid, SVP einen Änderungsantrag zu seinem Votum betreffend das Baumschutzreglement eingereicht habe. Dieser Antrag sei vom Büro genehmigt worden. Weitere Änderungsanträge seien nicht eingegangen.

Der Präsident erkundigt sich nach weiteren Anträgen aus dem Rat. Da keine Wortmeldungen erfolgen, erklärt er das Protokoll der Sitzung vom 2. Februar 2026 als genehmigt.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird mit einer Änderung genehmigt.

Traktandum 2

Genehmigung des Protokolls vom 23. März 2026

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP hält fest, dass zum Protokoll der Sitzung vom 23. März 2026 keine Änderungsanträge beim Büro eingegangen seien. Er erkundigt sich nach Änderungswünschen aus dem Rat. Da keine Wortmeldungen erfolgen, erklärt der Präsident das Protokoll vom 23. März 2026 als genehmigt.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 118

Ersatzwahlen Immobilienkommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP informiert darüber, dass Nina Eldridge, Mitte/GLP aus der Immobilienkommission zurückgetreten sei und der freigewordene Sitz neu besetzt werden müsse. Er ersucht den Fraktionspräsidenten der Mitte/GLP-Fraktion um einen Wahlvorschlag.

Gian Kamber, Mitte/GLP schlägt namens der Fraktion Oliver Peter, Mitte/GLP zur Wahl vor. Er hält fest, dass dieser das Amt bereits ad interim ausgeübt habe.

Der Präsident erkundigt sich nach weiteren Wahlvorschlägen aus dem Rat. Da keine weiteren Nominierungen erfolgen, erklärt er Oliver Peter als Mitglied der Immobilienkommission für gewählt und gratuliert ihm zur Wahl.

Im Anschluss führt der Präsident aus, dass mit der Wahl von Oliver Peter dessen bisheriger Sitz als Ersatzmitglied der Immobilienkommission neu zu besetzen sei. Er ersucht erneut den Fraktionspräsidenten der Mitte/GLP-Fraktion um einen Wahlvorschlag.

Gian Kamber, Mitte/GLP schlägt Nina Eldridge, Mitte/GLP als Ersatzmitglied der Immobilienkommission vor.

Da aus dem Rat keine weiteren Wahlvorschläge eingehen, erklärt *Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* Nina Eldridge in stiller Wahl als Ersatzmitglied der Immobilienkommission gewählt und gratuliert ihr herzlich.

BESCHLUSS

- ://*: 1. Oliver Peter, Mitte/GLP wird für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Mitglied in die Immobilienkommission gewählt.
2. Nina Eldridge, Mitte GLP wird für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Ersatzmitglied in die Immobilienkommission gewählt.

Traktandum 4

Gesch. Nr. 46

Baumschutzreglement, 2. Lesung

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet die zweite Lesung des Baumschutzreglements. Er hält fest, behandelt werde die Fassung vom 7. Juli 2025, welche der Einwohnerrat anlässlich der ersten Lesung vom 2. Februar 2026 mit 19 zu 15 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen habe. Er erkundigt sich, ob das Eintreten bestritten sei und erteilt anschliessend den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern das Wort.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Leon Behrends, FDP erklärt namens der FDP-Fraktion, man bedaure, dass der in den vorangegangenen Beratungen erzielte Kompromiss, welcher sämtliche Bezüge zum Privateigentum gestrichen habe, in der ersten Lesung wieder aufgehoben worden sei zugunsten der Forderungen der Initianten. Die FDP-Fraktion störe sich insbesondere an der Möglichkeit eines Eingriffs ins Privateigentum durch die Schutzstellung von Bäumen auf privatem Grund. Wer einen privaten Baum schützen wolle, werde dies auch ohne Baumschutzregister tun. Wer hingegen einen Baum fällen wolle, werde sich kaum freiwillig in ein solches Register eintragen lassen. Aus Sicht der FDP handle es sich deshalb primär um eine symbolische Massnahme, welche jedoch zahlreiche zusätzliche bürokratische Regelungen und Komplikationen verursache.

Der Votant erläutert weiter, Bürokratie entspreche nicht den Werten der FDP und stelle einen wesentlichen Grund für die Ablehnung des Reglements dar. Er verweist erneut auf bereits in der ersten Lesung erwähnte Beispiele. So müsse sich etwa eine auswärtige Käuferschaft eines Grundstücks zusätzlich einen Auszug aus dem Baumschutzregister beschaffen. Werde dies unterlassen, könnten unnötige Rechtsstreitigkeiten entstehen. Vergleichbare Probleme ergäben sich bei Bäumen auf Grundstücksgrenzen, wenn sich Nachbarn hinsichtlich einer Registrierung uneinig seien.

Weiter kritisiert Leon Behrends, dass gemäss § 6 Abs. 3 selbst nach einer Fällbewilligung durch die Gemeinde weiterhin Einsprachen aus der Nachbarschaft möglich seien. Dies sei aus Sicht der FDP überflüssig. Auch fehle eine klare Regelung für Private, wie ein Baum wieder aus dem Register entfernt werden könne. Ein derart weitgehender Eingriff ins Privateigentum sei mit den Grundwerten der FDP nicht vereinbar.

Zudem erachtet die FDP-Fraktion die vorgesehene Regelung auch für die Gemeinde selbst als unnötig bürokratisch. So müsse beispielsweise ein Werkhofmitarbeiter, welcher einen kranken oder gefährlichen Baum auf Gemeindeland fällen wolle, zunächst ein Gesuch bei der gemeindeeigenen Abteilung Hochbau und Ortsplanung einreichen. Dass sich die Gemeinde selbst zusätzliche bürokratische Hürden auferlege, stosse bei der FDP auf Unverständnis.

Abschliessend appelliert der Votant an den Rat, die «bürokratische Maximalversion» abzulehnen und zur bereits ausgearbeiteten Kompromissfassung vom 16. Oktober 2025 ohne § 5 zurückzukehren. Die FDP-Fraktion lehne die Fassung vom 7. Juli 2025 und damit den Antrag des Gemeinderates ab. Sie unterstütze einen entsprechenden Antrag der SVP-Fraktion beziehungsweise würde einen solchen nötigenfalls selbst stellen. Für den Fall einer Annahme der Fassung vom 7. Juli 2025 behalte sich die FDP-Fraktion ein Behördenreferendum vor.

Sirin Hauri, Grüne/EVP führt aus, die Umsetzung der Baumschutzinitiative sei bereits mehrfach diskutiert worden. Die Initiative sei am 22. September 2025 vom Einwohnerrat angenommen worden und verlange einen verbindlichen öffentlichen sowie einen freiwilligen privaten Baumschutz. Die Votantin hält fest, der freiwillige Schutz privater Bäume stelle keinen Eingriff in die Eigentumsrechte dar. Wer seine Bäume schützen lasse, leiste einen Beitrag zugunsten der Allgemeinheit und erhalte im Gegenzug Unterstützung bei der Baumpflege. Das vorliegende Reglement setze diese Forderungen um. Eine Abschwächung der Vorlage würde die Initiative ihrer Wirkung berauben, da die Gemeinde ihre eigenen Bäume bereits heute schütze. Das Reglement würde in diesem Fall zu einem «Papiertiger».

Die Fraktion Grüne/EVP ersuche den Einwohnerrat deshalb, die Initiative sinngemäss umzusetzen und das Reglement in der vorliegenden Fassung anzunehmen. Andernfalls werde ebenfalls ein Behördenreferendum vorbehalten.

Da keine weiteren Fraktionsvoten erfolgen, erkundigt sich der Einwohnerratspräsident, ob sich der Gemeinderat äussern wolle. Dies wird verneint.

Christian Schmid, SVP erklärt, er könne sich den Ausführungen seines FDP-Kollegen anschliessen. Ergänzend halte er fest, dass sich seit der letzten Beratung kein einziges Mitglied des Einwohnerrates an ihn gewandt habe, um sich persönlich – sei es finanziell oder mit eigenem Aufwand – für den Baumschutz in Binningen einzusetzen. Er würde sich sehr freuen, wenn das Binninger Wochenblatt dies erwähnen würde. Er erachte es als speziell, dass man scheinbar mit dem Geld von anderen sehr grosszügig sein kann, selbst aber keine Bereitschaft bestehe, Zeit oder Geld dafür zu investieren. Persönlich enttäusche ihn das sehr. Wer sich für etwas einsetze, sollte dies seiner Meinung nach auch mit dem eigenen Portemonnaie oder mit eigener Zeit tun. Immer nur andere Leute Dinge machen zu lassen, entspreche nicht seiner persönlichen Art, scheinbar aber jener vielen Einwohnerräte.

Weiter führt der Votant aus, man habe während rund zwei Monaten Zeit gehabt, auf ihn zuzukommen. Er danke zudem der Protokollführerin dafür, dass dies protokollarisch festgehalten worden sei. Er wiederholt, dass niemand auf ihn zugekommen sei. Es enttäusche ihn, dass man öffentlich erkläre, wie wichtig ein Anliegen sei, gleichzeitig aber die Gemeinde beziehungsweise die Einwohner über Steuergelder verpflichten wolle, ohne selbst «keine Sekunde und keinen Rappen zu investieren». Dies enttäusche ihn.

Leon Behrends, FDP stellt anschliessend den Antrag, zusätzlich über die Version des Baumschutzreglements vom 16. Oktober 2025 ohne § 5 abstimmen zu lassen.

Rahel Amacker, Mitte/GLP erklärt, sie sehe sich veranlasst, zu den Ausführungen von Christian Schmid Stellung zu nehmen. Aus der Tatsache, dass sich niemand direkt bei ihm gemeldet habe, könne nicht geschlossen werden, dass sich niemand für Biodiversität oder Baumschutz engagiere. Sie verweist auf ihr persönliches Engagement beim Wildblumenmarkt sowie auf weitere Einsätze und finanzielle Beiträge im Bereich Biodiversität. Engagement erfolge oftmals über Organisationen, welche sich seit Jahren oder Jahrzehnten mit diesen Themen befassten. Die von Christian Schmid geäusserte Unterstellung habe deshalb keinen Platz in der Ratsdebatte.

Christian Schmid, SVP hält replizierend fest, seine Aussagen hätten sich ausdrücklich auf den Baumschutz in Binningen bezogen. Zudem weist er darauf hin, dass er selbst einen Minor im Bereich «Environment

and Energy» absolviert habe und sich daher durchaus mit entsprechenden Themen auseinandersetze. Die pauschale Unterstellung, Mitglieder der SVP hätten mit Umweltfragen nichts zu tun, entspreche nicht den Tatsachen.

Patrick Bürgler, SP richtet eine Anmerkung an Christian Schmid, SVP. Er bitte darum, die Presse- und Medienfreiheit zu respektieren und den Medien keine Vorgaben darüber zu machen, worüber berichtet werden solle.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, erklärt *Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP*, es liege lediglich ein zusätzlicher Antrag betreffend die Fassung vom 16. Oktober 2025 vor. Er schlage deshalb vor, auf eine erneute paragrafenweise Detailberatung zu verzichten und direkt über die beiden Fassungen des Reglements abzustimmen. Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Der Präsident erläutert das Abstimmungsverfahren. Wer das Reglement in der Fassung vom 7. Juli 2025 unterstützen wolle, stimme mit Ja ab. Wer die Version vom 16. Oktober 2025 bevorzuge, stimme Nein oder enthalte sich.

ABSTIMMUNG

Variante 16. Oktober 2025 (Nein) vs. Variante 7. Juli 2025 (Ja): 18 JA / 15 NEIN / 1 Enthaltungen (Abstimmung 2)

(Anmerkung: Die Abstimmung von Evelyne Treuthardt wurde protokollarisch aufgenommen).

Schlussabstimmung über das Baumschutzreglement in der Fassung vom 7. Juli 2025: 18 JA / 15 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 3)

(Anmerkung: Die Abstimmungen von Nina Eldridge und Niklas Mattsson wurden protokollarisch aufgenommen).

Im Anschluss teilt der Präsident mit, dass ein Antrag auf Behördenreferendum eingegangen sei. Gemäss § 47a könne der Einwohnerrat einen Beschluss der Urnenabstimmung unterstellen, sofern dies von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder verlangt werde. Dieses Quorum betrage an der heutigen Sitzung 12 Stimmen.

Behördenreferendum: 14 JA / 19 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 4)

(Anmerkung: Die Abstimmung von Erik Schellenberg wurde protokollarisch festgehalten)

BESCHLUSS

-
- ://: 1. Der Einwohnerrat beschliesst das Baumschutzreglement und setzt es am 1. Tag des Folgemonats nach der kantonalen Genehmigung in Kraft.
2. Der Einwohnerrat unterstellt den Beschluss 1. der Urnenabstimmung (Behördenreferendum).

Traktandum 5

Gesch. Nr. 83

Interpellation R. Büchelín, SP: Tartanbahn Sportplatz Spiegelfeld

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet die Behandlung der Interpellation von Ralph Büchelín, SP betreffend die Tartanbahn auf dem Sportplatz Spiegelfeld. Er erkundigt sich, ob der Interpellant eine Stellungnahme oder eine Diskussion wünsche. Da eine Diskussion beantragt wird, erteilt der Präsident zunächst dem Interpellanten das Wort für seine Stellungnahme.

Ralph Büchelin, SP dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Er führt aus, dass die Tartanbahn auf dem Sportplatz Spiegelfeld im Jahr 2021 erneuert worden sei und dabei neue Laufbahnen aufgezeichnet worden seien. Diese Bahnen entsprächen jedoch nicht den geltenden Normen und seien deshalb nicht homologiert worden.

Der Votant erläutert weiter, eine Homologierung sei insbesondere für Wettkämpfe wie den Helsana-Sprint erforderlich. Aufgrund der fehlenden Homologierung würden Laufzeiten durch den Verband Swiss Athletics nicht anerkannt. Dies könne zur Folge haben, dass erzielte Rekordzeiten ungültig seien beziehungsweise eine Qualifikation für Schweizer Meisterschaften verhindert werde.

Weiter führt *Ralph Büchelin* aus, der Leichtathletikverein LAR habe diesen Umstand beanstandet. In der Folge habe die Gemeinde mit der zuständigen Firma vereinbart, dass die fehlerhaften Linien übermalt und neue homologierte Linien angebracht würden. Die Kosten von 5'000 Franken würden von der Firma übernommen. Seitens des LAR seien jedoch Bedenken geäussert worden, wonach die bisherigen Linien trotz Übermalung weiterhin sichtbar bleiben könnten. Die Firma müsse deshalb gewährleisten, dass die alten Markierungen nicht mehr durchschimmerten.

Der Interpellant hält fest, dass die Angelegenheit derzeit hängig sei. Er ersuche den Gemeinderat, die zuständige Firma zu veranlassen, die Neubemalung vorzunehmen. Die jungen Sportlerinnen und Sportler hätten Anspruch darauf, auf korrekt markierten und homologierten Bahnen zu trainieren und Wettkämpfe bestreiten zu können.

Anschliessend lässt *Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* über die Durchführung einer Diskussion abstimmen. Mit 31 Ja-Stimmen wird eine Diskussion beschlossen.

ABSTIMMUNG

Antrag Diskussion: 31 JA / 1 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 5)

Da aus dem Plenum zunächst keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, erteilt der Präsident dem zuständigen Gemeinderat das Wort.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP verweist auf die ausführliche Darstellung des gesamten Ablaufs in der schriftlichen Antwort des Gemeinderates. Er bestätigt, dass bei der Homologierung ein Fehler erfolgt sei. Im Rahmen gemeinsamer Besichtigungen vor Ort habe festgestellt werden können, dass auf der Geraden die notwendige Breite vorhanden wäre, um eine Homologierung sicherzustellen. Der Gemeinderat nimmt den Wunsch des Interpellanten zur Kenntnis, wonach die Verwaltung erneut mit der betreffenden Firma Kontakt aufnehmen solle, um die Übermalung der bestehenden Linien zu prüfen. Das entsprechende Angebot der Firma stamme aus dem Jahr 2023.

Weiter hält der Gemeinderat fest, dass jedoch nicht garantiert werden könne, dass die alten Linien nach der Übermalung nicht mehr sichtbar seien. Dies sei von der Firma bereits selbst so kommuniziert worden. Er gehe nicht davon aus, dass hierzu zum jetzigen Zeitpunkt weitergehende Zusicherungen gemacht werden könnten.

Der Votant erklärt sich jedoch bereit, erneut mit der Firma Kontakt aufzunehmen und abzuklären, ob das frühere Angebot weiterhin Bestand habe und die Homologierung der Geraden auf Kosten der Firma umgesetzt werden könne.

Weitergehende Anpassungen an der Anlage müssten hingegen im Zusammenhang mit der späteren Gesamtsanierung des Areals geprüft werden. Es erscheine wenig sinnvoll, bereits heute umfassende Sanierungen an einer Bahn vorzunehmen, deren Lebensdauer noch nicht erreicht sei, insbesondere im Hinblick auf die geplanten Entwicklungen rund um den Sportplatz Spiegelfeld und die Beleuchtung.

Abschliessend hält der Gemeinderat fest, dass der Wunsch des Interpellanten aufgenommen werde und nochmals das Gespräch mit der Firma gesucht werde, um die Homologierung der Geraden zu ermöglichen.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erkundigt sich nach weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

Charlotte Marti, SVP erklärt, sowohl Ralph Büchelin als auch Gemeinderat Marc Schinzel hätten die wesentlichen Punkte bereits ausgeführt. Entscheidend sei nun nicht mehr die Frage, wer den Fehler verursacht habe, sondern dass die Tartanbahn so angepasst werde, dass die Athletinnen und Athleten korrekte Wettkampfbedingungen vorfinden und ihre Leistungen anerkannt würden.

Die Votantin verweist darauf, dass jährlich der Visana-Sprint mit rund 400 Teilnehmenden auf der Anlage durchgeführt werde und die erzielten Zeiten auch für Swiss Athletics relevant seien. Binningen dürfe stolz darauf sein, solche Wettkämpfe durchführen zu können. Ziel müsse es sein, sämtliche Sportarten in Binningen zu fördern. Deshalb sei nun wichtig, die Angelegenheit möglichst rasch zu bereinigen.

Ralph Büchelin, SP dankt Gemeinderat Marc Schinzel für dessen Ausführungen sowie für die Bereitschaft, erneut mit der Firma Kontakt aufzunehmen. Eine entsprechende Lösung wäre aus seiner Sicht sehr zu begrüssen. Weiter hält der Votant fest, dass eine Gesamterneuerung der Anlage voraussichtlich erst rund zehn Jahre nach der Sanierung von 2021 erfolgen werde. Es wäre deshalb bedauerlich, wenn während dieser langen Zeit weiterhin mit den fehlerhaften Bahnen gearbeitet werden müsste.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderates zur Interpellation.

Traktandum 6

Gesch. Nr. 84

Postulat L. Behrends, FDP: Prüfung eines automatischen Steuerrückvergütungsmechanismus in Binningen

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet das Traktandum 6, die Behandlung des Postulats von Leon Behrends, FDP betreffend die Prüfung eines automatischen Steuerrückvergütungsmechanismus in Binningen. Der Präsident erkundigt sich, ob das Eintreten bestritten sei und erteilt anschliessend den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern das Wort.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Leon Behrends, FDP dankt dem Gemeinderat sowie der Verwaltung für die ausführliche Begründung des Nichtüberweisungsantrags. Gleichzeitig hält er fest, dass die detaillierte Begründung nicht als Vorwegnahme der eigentlichen Beantwortung des Postulats verstanden werden dürfe. Politisch sei dies problematisch, da ein Postulat erst nach dessen Überweisung beantwortet werde.

Der Votant führt weiter aus, dass nach einer allfälligen Überweisung weiterhin genügend Raum für die vertiefte Behandlung der Fragestellungen bestehe, zumal mehrere zentrale Fragen des Postulats bislang offengeblieben seien. Vielmehr würden durch die Stellungnahme des Gemeinderates zusätzliche Fragen aufgeworfen. Er erläutert, die Formulierungen in der gemeinderätlichen Begründung seien zwar zurückhaltend und ablehnend formuliert, gleichzeitig werde jedoch grundsätzlich anerkannt, dass Steuerrückvergütungen rechtlich möglich seien, sofern dafür eine gesetzliche Grundlage geschaffen werde. Genau dies bilde den Kern des Postulats. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die im Postulat verlangte Prüfung der notwendigen Reglements- beziehungsweise Gesetzesanpassungen.

Weiter hält der Votant fest, dass auch verschiedene im Postulat angesprochene Umsetzungsfragen durch den Gemeinderat selbst erneut aufgegriffen würden. Dazu gehörten insbesondere die Frage, ob eine Rückvergütung in Form einer Steuergutschrift oder einer separaten Auszahlung erfolgen solle, der Umgang mit Schwellenwerten bei Mehr- oder Mindererträgen sowie die Frage, ob die Höhe einer Rückvergütung von der finanziellen Situation der Gemeinde abhängig gemacht werden könne.

Darüber hinaus verweist *Leon Behrends, FDP* auf die Diskussion zur Ergebnisverwendung anlässlich der Sitzung vom 23. Juni 2025. Damals sei auf Anregung von Christian Schmid, SVP über eine mögliche Steuerrückvergütung diskutiert und abgestimmt worden. Die nun vorliegenden Ausführungen des Gemeinderates würden zeigen, dass auch solche Einzelfallentscheidungen nicht ohne entsprechende gesetzliche Grundlage möglich seien. Damit habe der Rat seinerzeit über Optionen diskutiert, die rechtlich nicht eindeutig abgestützt gewesen seien.

Der Votant betont, dies spreche nicht gegen eine Prüfung, sondern vielmehr für eine vertiefte Klärung. Er appelliert deshalb an den Rat, den Handlungsspielraum des Einwohnerrates zu wahren beziehungsweise zu erweitern. Auch wenn man dem Postulat inhaltlich nicht vollständig zustimme, erscheine es sinnvoll, die rechtlichen Voraussetzungen sauber prüfen zu lassen.

Weiter führt *Leon Behrends, FDP* aus, es könne nicht im Interesse des Rates sein, bei der Verwendung von Jahresergebnissen lediglich über zwei starre Optionen – nämlich die Einlage ins Eigenkapital oder in Vorfinanzierungen – zu verfügen. Vielmehr solle geprüft werden, wie eine gesetzliche Grundlage für eine dritte Option in Form einer Steuerrückvergütung ausgestaltet werden könnte.

Der Votant weist darauf hin, dass das Postulat weder eine sofortige Auszahlung von Geldern noch die unmittelbare Einführung eines fertigen Mechanismus verlange. Gefordert werde einzig eine Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine mögliche Steuerrückvergütung. Abschliessend hält er fest, dass insbesondere in einer Gemeinde, welche seit Jahren wiederholt erhebliche, nicht budgetierte Überschüsse ausweise, die Frage erlaubt sein müsse, ob unter klar definierten Bedingungen ein Teil dieser Überschüsse an die Steuerzahlenden zurückgegeben werden könne, anstatt diese Mittel automatisch in neue Projekte zu investieren.

Zusammenfassend hält *Leon Behrends, FDP* abschliessend fest, dass aus Sicht der FDP-Fraktion zwei zentrale Punkte entscheidend seien. Erstens seien die Kernfragen des Postulats weiterhin offen, nämlich welche gesetzlichen Grundlagen konkret notwendig wären und wie ein entsprechender Mechanismus ausgestaltet werden könnte. Genau diese Fragen sollen mit dem Postulat geklärt werden.

Zweitens liege es im Interesse des gesamten Einwohnerrates, bei der Ergebnisverwendung nicht nur auf die bisherigen zwei Möglichkeiten beschränkt zu sein, sondern auch zu prüfen, wie die gesetzliche Grundlage für eine dritte Option, nämlich eine Steuerrückvergütung, geschaffen werden könnte. Bislang sei man davon ausgegangen, dass diese Möglichkeit bereits bestehe.

Wer der Überweisung zustimme, entscheide sich deshalb für eine sorgfältige Prüfung, für rechtliche Klarheit und für einen erweiterten Handlungsspielraum des Einwohnerrats. Die FDP-Fraktion werde das Postulat entsprechend überweisen.

Aline Glaser, Grüne/GLP dankt namens ihrer Fraktion dem Gemeinderat für den Bericht. Im Gegensatz zur FDP-Fraktion sehe man nach der Lektüre des Berichts jedoch eher zusätzliche Schwierigkeiten im Zusammenhang mit einem automatisierten Steuerrückvergütungsmechanismus.

Die Votantin führt aus, unabhängig davon, ob ein institutioneller oder automatisierter Mechanismus gewählt werde, würden Steuerrückvergütungen vom Kanton beim Finanzausgleich nicht berücksichtigt. Dadurch könnten die Finanzausgleichszahlungen zwischen den Gemeinden beeinflusst werden, was nicht im Interesse des Kantons liege. Die Gemeinde müsste deshalb trotz erfolgter Rückvergütungen weiterhin dieselben Beiträge an den Finanzausgleich leisten.

Weiter hält sie fest, dass künftig bestehende Investitionsprojekte sowie steigende Kosten insbesondere im Bereich Alter zu höheren Steuerbelastungen führen könnten. Dies lehne ihre Fraktion ab. Aus diesem Grund unterstütze man den Antrag des Gemeinderates und lehne die Überweisung des Postulats ab.

Lewin Lempert, SP dankt dem Gemeinderat ebenfalls für die Ausführungen zum Postulat. Aus seiner Sicht befinde sich das entscheidende Argument gegen eine Überweisung auf Seite 3 des Berichts. Dort werde aufgezeigt, dass bei einer automatischen Steuerrückvergütung in den vergangenen zehn Jahren verschiedene Vorfinanzierungen für grössere Bauprojekte – insbesondere für den Campus Dorf sowie die Sanierung des Schulhauses Meiriacker – nicht hätten vorgenommen werden können.

Der Votant folgert daraus, dass sich die Gemeinde in entsprechenden Situationen hätte verschulden müssen. Das Postulat stelle daher faktisch ein «Verschuldungspostulat» dar, welches die Verschuldung der Gemeinde weiter erhöhen würde. Dies lehne er aus liberaler Sicht ab.

Als weiteren Kritikpunkt nennt *Lewin Lempert, SP* die fehlende langfristige Planungssicherheit. Würden in einzelnen Jahren Steuerüberschüsse zurückvergütet und in anderen Jahren nicht, entstehe ein unbeständiger finanzpolitischer Kurs. Erst an der letzten Sitzung habe die Rechnungsprüfungskommission längere Planungshorizonte gefordert. Ein ständiger Wechsel bei Steuerfuss und Rückvergütungen widerspreche einer vernünftigen und evidenzbasierten Finanzpolitik.

Weiter hält der Votant fest, dass er die Hinweise des Gemeinderates zur rechtlichen Situation ausdrücklich begrüsse. Ein Postulat werde nur überwiesen, wenn dessen Grundidee als sinnvoll erachtet werde. Dies sei hier nicht der Fall. Aus Sicht der SP-Fraktion führe das Postulat zu höherer Verschuldung, erschwere eine solide langfristige Finanzplanung sowie eine solide Finanzpolitik und verursache ein Hin- und Her beim Steuerfuss. Die Einwohnerinnen und Einwohner müssten sich von Jahr zu Jahr auf unterschiedliche Steuerbelastungen einstellen, wodurch die langfristige Finanzstabilität der Gemeinde gefährdet werde.

Abschliessend appelliert *Lewin Lempert, SP* an den Rat, auf «steuerfiskalpolitische Experimente» zu verzichten und stattdessen an der bewährten langfristigen Planungssicherheit festzuhalten, welche Investitionen in der Gemeinde ermögliche.

Christian Schmid, SVP nimmt zunächst Bezug auf die vorangegangene Diskussion zur Pressefreiheit. Er hält fest, dass eine persönliche Äusserung, wonach man sich über eine bestimmte Berichterstattung freue, nichts mit Pressefreiheit zu tun habe. Es dürfe sich hier jeder über das freuen, auf was er gerade Lust hat.

Im Weiteren zeigt sich der Votant erfreut darüber, dass die FDP aus seiner Sicht wieder stärker zum liberalen Gedankengut zurückfinde. Er erinnert daran, dass er bereits früher eine konkrete Steuerrückvergütung vorgeschlagen habe. Persönlich erachte er eine Steuerrückvergütung zwar als besser als gar keine Steuerrückvergütung, die beste Lösung wäre aus seiner Sicht jedoch eine generelle Steuersenkung. Dadurch könnten auch die Zahlungen an den kantonalen Finanzausgleich reduziert werden. Er halte es nicht für sinnvoll, wenn Binningen erhebliche Mittel an andere Gemeinden abführen müsse.

Weiter verweist er auf das hohe Eigenkapital der Gemeinde, welches gemäss seiner letzten Kenntnis rund 132 Millionen Franken betrage. Während der vergangenen dreieinhalb bis vier Jahre habe er wiederholt auf zu erwartende Überschüsse hingewiesen, welche sich jeweils bestätigt hätten. Auch für die Rechnung 2025 rechne er erneut mit einem deutlichen Überschuss.

Weiter erinnert der Votant daran, dass die Gemeinde in den vergangenen vier Jahren kumuliert rund 36 Millionen Franken Überschuss erzielt habe, obwohl ursprünglich ein Verlust von rund 2 Millionen Franken budgetiert gewesen sei. Die beste Lösung sei deshalb eine Steuersenkung. Trotz steigender Gesundheitskosten habe die Rechnung 2024 bereits mit den neuen Rahmenbedingungen einen deutlichen Überschuss ausgewiesen.

Christian Schmid, SVP aus, dass das Eigenkapital der Gemeinde bei anhaltenden Überschüssen künftig gegen 140 Millionen Franken steigen könnte. Angesichts einer Gemeindegrösse von rund 16'000 Einwohnerinnen und Einwohnern entspreche dies erheblichen finanziellen Reserven pro Kopf. Aus seiner Sicht wäre es deshalb sinnvoller, Gelder an die Bevölkerung zurückzugeben beziehungsweise den Steuerfuss zu senken.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP bittet *Christian Schmid, SVP* zum Punkt zu kommen.

Christian Schmid, SVP hält ergänzend fest, dass seine Fraktion in der Vergangenheit wiederholt Vorstösse in diese Richtung eingebracht habe, die jedoch von einer grossen Mehrheit der FDP jeweils nicht unterstützt worden seien. Wie die SVP-Fraktion schlussendlich abstimmen werde, entscheide sich erst im Moment der Abstimmung. Falls die Mitte/GLP-Fraktion grossmehrheitlich zustimme, könne es sein, dass auch die SVP zustimmen werde.

Weiter betont der Votant erneut, dass aus seiner Sicht eine Steuersenkung die bessere Lösung darstelle als eine Steuerrückvergütung. Aufgrund der von der grossen Mehrheit der FDP mitgetragenen Steuererhöhung seien die Steuern unnötigerweise erhöht worden. Inzwischen habe sich klar gezeigt, dass diese Erhöhung nicht notwendig gewesen sei.

Oliver Peter, Mitte/GLP dankt dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht zum Postulat. Er führt aus, dass eine Gemeinde als nicht gewinnorientierte Organisation langfristig weder Gewinne noch Verluste erzielen sollte. Dabei sei es normal, dass die Aufwandertragsrechnung manchmal über dem Budget liegt und manchmal darunter. Aufgrund einer tendenziell vorsichtigen Budgetierung würden öffentliche Haushalte regelmässig Überschüsse erzielen, was auch in Binningen der Fall sei.

Der Votant hält fest, dass es grundsätzlich gerechtfertigt erscheinen könne, wiederholt entstehende unbeabsichtigte Überschüsse den Einwohnerinnen und Einwohnern zurückzuerstatten, sofern nicht unmittelbar eine Senkung des Steuerfusses angestrebt werde.

Weiter verweist *Oliver Peter, Mitte/GLP* auf die Ausführungen des Gemeinderates, wonach eine institutionalisierte Form der Rückerstattung mittels entsprechender kommunaler Gesetzgebung grundsätzlich möglich wäre, jedoch negative Konsequenzen für den Finanzhaushalt der Gemeinde mit sich bringen könnte. Diese Konsequenzen würden im Bericht allerdings nicht näher ausgeführt. Das Postulat verlange ausdrücklich die Prüfung möglicher Umsetzungsvarianten unter Berücksichtigung angemessener

Schwankungsreserven zur Abfederung nicht systematischer Budgetabweichungen sowie unter Berücksichtigung des Verschuldungsgrades der Gemeinde.

Die Mitte/GLP-Fraktion sei in dieser Frage nicht einheitlich positioniert. Ein Teil der Fraktion, zu welchem auch der Votant selbst gehöre, halte es für prüfenswert, einen differenzierten Mechanismus zur Rückerstattung systematischer Überschüsse vertieft abzuklären und werde deshalb die Überweisung des Postulats unterstützen. Andere Mitglieder der Fraktion verträten hingegen die Auffassung, dass angesichts der erwarteten Verschlechterung der finanziellen Lage infolge anstehender Infrastrukturerneuerungen, steigender Pflege- und Gesundheitskosten sowie einer möglichen Konjunkturabschwächung Überschüsse grundsätzlich zur Reservenbildung verwendet werden sollten. Diese Ratsmitglieder würden deshalb dem Antrag des Gemeinderates auf Nichtüberweisung folgen.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erkundigt sich anschliessend, ob der Gemeinderat das Wort wünsche.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP dankt zunächst für die verschiedenen Wortmeldungen. Auf den ersten Blick erscheine das Anliegen des Postulanten durchaus nachvollziehbar. Allerdings gebe es verschiedene Aspekte zu berücksichtigen, insbesondere die spezielle Situation der Gemeinde Binningen mit hohen bevorstehenden Investitionen sowie steigenden Kosten infolge der demografischen Entwicklung.

Zunächst nimmt die Gemeinderätin Bezug auf die rechtliche Situation. In der schriftlichen Beantwortung sei dargelegt worden, dass der Einwohnerrat grundsätzlich die Möglichkeit hätte, eine institutionalisierte Rückerstattung zu beschliessen und dadurch bei der jährlichen Ergebnisverwendung neben Einlagen ins Eigenkapital oder in Vorfinanzierungen zusätzlich auch Steuerrückvergütungen vorzusehen.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP weist jedoch erneut auf die möglichen Folgen einer solchen Regelung für die Gemeinde Binningen hin. Bereits verschiedentlich sei auf die hohen anstehenden Investitionen hingewiesen worden, welche langfristige finanzielle Auswirkungen in Form jährlicher Abschreibungen mit sich bringen würden. Gleichzeitig würden auch die Kosten im Bereich Gesundheit und Alter aufgrund der demografischen Entwicklung stetig steigen.

Vor diesem Hintergrund habe der Gemeinderat bereits vor einiger Zeit beschlossen, auf eine langfristige Finanzplanung umzustellen. Ziel sei es, einen nachhaltig ausgeglichenen und soliden Finanzhaushalt sicherzustellen, damit künftigen Generationen keine Schulden überlassen werden müssten. Gleichzeitig solle verhindert werden, dass Steuererhöhungen notwendig würden.

Die Gemeinderätin erläutert weiter, dass die Rechnungsprüfungskommission mit dem Gemeinderat vereinbart habe, den Betrachtungszeitraum der Defizitbeschränkung auf 15 Jahre auszudehnen. Dadurch sollten die langfristigen Auswirkungen der hohen Investitionsvolumina sichtbar gemacht und dem Einwohnerrat genügend Zeit eingeräumt werden, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Weiter wird darauf hingewiesen, dass Investitionen über einen Zeitraum von 30 Jahren Abschreibungen zur Folge hätten und die Rechnungen der kommenden Jahre erheblich belasten würden. In der Finanzplanung seien deshalb für die nächsten Jahre Defizite budgetiert worden.

Ein weiterer Aspekt betreffe die sogenannten Vorjahressteuern. Gemäss HRM2 dürften solche potenziellen zusätzlichen Steuereinnahmen nicht budgetiert werden. Es sei deshalb im Voraus nicht bekannt, ob und in welchem Umfang entsprechende Einnahmen tatsächlich erzielt würden. Der vorgeschlagene Mechanismus würde daher nicht zu einer präziseren Budgetierung führen. Vielmehr würde eine solche Regelung die langfristige Finanzplanung der Binninger Finanzen verunmöglichen. Es entstünde ein kurzfristiges «Auf und Ab» bei den Steuersätzen, was der Attraktivität Binningens erheblich schaden könnte. Weiter verweist *Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP* auf die Ausführungen zum Finanzausgleich in der schriftlichen Beantwortung. Für Binningen würden zusätzliche finanzielle Nachteile entstehen, da

der Kanton seine bestehende Regelung nicht anpassen würde. Ergänzend hält sie gegenüber der SVP fest, dass sich der Finanzausgleich nach der Steuerkraft und nicht nach dem effektiven Steuerertrag richte. Deshalb könne auch eine Steuersenkung daran nichts ändern.

Darüber hinaus nennt die Gemeinderätin praktische Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Von denen möchte sie nur ein Beispiel nennen. Es gäbe noch hundert andere. Seit dem laufenden Jahr sei das Steuerinkasso an den Kanton übertragen worden. Für diese Dienstleistung entrichte die Gemeinde eine Gebühr. Würden zusätzlich Rückerstattungen vorgenommen, müssten entsprechende Gebühren erneut bezahlt werden. Dies könne zu unverhältnismässig hohen administrativen Mehrkosten führen, insbesondere bei sehr kleinen Rückerstattungsbeträgen.

Abschliessend hält *Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP* fest, dass das Anliegen zwar nachvollziehbar sei, der vorgeschlagene Mechanismus jedoch aufgrund seines kurzfristigen Betrachtungshorizonts die langfristigen finanziellen Herausforderungen der Gemeinde nicht ausreichend berücksichtige. Angesichts der anstehenden Infrastrukturprojekte sowie der steigenden Kosten im Bereich Alter und Gesundheit hätte eine Steuerrückvergütung negative Auswirkungen auf den Finanzhaushalt der Gemeinde und würde letztlich zu Steuererhöhungen führen. Dies liege weder im Interesse des Gemeinderates noch im Interesse der Steuerzahlenden.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP weist darauf hin, dass bereits an der letzten Sitzung ein Antrag von Hubert Steffen eingereicht worden sei. Der Antrag werde auf dem Visualizer eingeblendet. Anschliessend erteilt der Präsident Hubert Steffen das Wort zur Erläuterung seines Antrags.

Hubert Steffen, SVP erklärt, ihn störe zunehmend, dass im Rat seit Jahren immer wieder dieselben Diskussionen über die Gemeindefinanzen geführt würden. Seit Jahren weise die Gemeinde Überschüsse aus, gleichzeitig bestehe ein Investitionsstau und es werde dennoch immer wieder gleich argumentiert.

Der Votant hält fest, dass die letzte Steuererhöhung rückblickend unbegründet gewesen sei. Die Überschüsse würden von Jahr zu Jahr weiter steigen, was auf ungerechtfertigte Steuererhöhungen zurückzuführen sei. Um diese Entwicklung zu korrigieren, habe er beantragt, einen neuen Mechanismus für Steuerrückvergütungen einzuführen, wonach allfällige Rückvergütungen jeweils zusammen mit der Jahresrechnung beschlossen werden könnten.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP bedankt sich für die Erläuterungen und weist darauf hin, dass sich der Rat aktuell in der Diskussion über die Überweisung eines Postulats befinde. Grundsätzlich könne lediglich der Postulant selbst den Wortlaut seines Vorstosses ändern; zusätzliche Anträge seien in diesem Stadium eigentlich nicht zulässig. Weiter merkt der Präsident an, dass der Antrag von Hubert Steffen aufgrund der verlangten Schaffung einer gesetzlichen Grundlage eher den Charakter einer Motion als eines Postulats aufweise. Er fragt deshalb Leon Behrends, FDP an, ob er mit einer Erweiterung des Postulatswortlauts einverstanden wäre, falls das Postulat überwiesen werde.

Leon Behrends, FDP erklärt, nach seinem Verständnis handle es sich beim Vorschlag um eine institutionalisierte Steuerrückvergütung, wie sie auch in der Stellungnahme des Gemeinderates beschrieben worden sei. Er führt aus, dass es aus seiner Sicht durchaus möglich wäre, im Rahmen der Beantwortung des Postulats einen konkreten Gesetzeswortlaut für eine solche institutionalisierte Rückvergütung auszuarbeiten. Gleichzeitig hält der Votant fest, dass gerade dies dem widerspreche, was der Gemeinderat behaupte, nämlich, dass jährliche Einzelbeschlüsse bereits heute möglich seien.

Der Votant verweist hierzu auf die Stellungnahme des Gemeinderates, wonach auch eine institutionalisierte Steuerrückvergütung eine gesetzliche Grundlage im kommunalen Recht benötige. Genau eine solche Grundlage könne im Rahmen der Postulatsbeantwortung ausgearbeitet werden.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erkundigt sich bei Leon Behrends, FDP, ob er mit einer entsprechenden Anpassung des Postulats gemäss dem Antrag von Hubert Steffen einverstanden sei.

Leon Behrends, FDP erklärt sich damit einverstanden.

Anschliessend eröffnet der Präsident die weitere Diskussion im Rat.

Peter Frauchiger, FDP hält eingangs fest, dass er zunächst etwas Positives hervorheben wolle. Das Votum von Oliver Peter, Mitte/GLP, zeuge aus seiner Sicht von einer differenzierten und tiefgründigen Betrachtung des Postulats und sei sachlich sowie logisch nachvollziehbar aufgebaut gewesen. Es sei richtig und wichtig, dass im Rat unterschiedliche Meinungen vertreten würden.

Weiter führt der Votant aus, dass die bisherigen Wortmeldungen der SP sowie der Grünen/EVP aus seiner Sicht kaum Bereitschaft erkennen liessen, das Anliegen zumindest prüfen zu lassen. Dabei handle es sich lediglich um ein Postulat und somit um einen Prüfauftrag. Dennoch würden sofort Vorbehalte und Befürchtungen formuliert.

Er hält fest, dass die Diskussion stark von Rückblicken auf vergangene Entwicklungen beziehungsweise von Zukunftsszenarien geprägt sei. Gleichzeitig äussert er sich kritisch zum Votum der SVP, wonach erst im Zeitpunkt der Abstimmung über die Haltung entschieden werden solle. Im Weiteren richtet sich der Votant direkt an die Exekutive beziehungsweise an *Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP*. Er erklärt, er habe Mühe damit, dass ein Postulat, welches nachvollziehbare Überlegungen enthalte und ernsthaft ausgearbeitet worden sei, ausschliesslich mit Gegenargumenten beantwortet werde. Es handle sich um einen Auftrag zur Prüfung und Berichterstattung und nicht um einen unmittelbaren Entscheid zur Umsetzung. Er hätte sich deshalb eine neutralere Haltung des Gemeinderates gewünscht. Die Ausführungen der Gemeinderätin hätten aus seiner Sicht den Eindruck vermittelt, dass eine Annahme des Postulats gravierende negative Folgen für die Gemeinde hätte. Dies empfinde er gegenüber dem Einwohnerrat und dem Postulanten als unangemessen.

Weiter führt der Votant aus, dass ein Postulant, der sich ernsthafte Gedanken mache und einen sachlichen Vorstoss einreiche, nicht den Eindruck erhalten sollte, sein Anliegen sei realitätsfremd oder ungenügend durchdacht. Dies empfinde er als bedauerlich.

Roman Oberli, SVP hält fest, dass es den Medienvertreterinnen und Medienvertretern freistehe, über die Voten zu berichten oder nicht. Gleichzeitig weist er die Bezeichnung des Vorstosses als «Verschuldungs-postulat» zurück. Aus seiner Sicht treffe vielmehr das Gegenteil zu. Der Votant erklärt, eine Steuerrückvergütung habe nichts mit einer Verschuldung zu tun. Verschuldung entstehe vielmehr dann, wenn sich die Gemeinde selbst Aufgaben auferlege, die nicht zwingend staatliche Kernaufgaben seien, sowie durch Bauprojekte, deren Kosten sich während der Planungsphase erheblich erhöhten. Er verweist in diesem Zusammenhang auf frühere Aussagen von *Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP*, wonach die Kosten unverhältnismässig steigen würden. Daraus leitet er einen Appell an die Exekutive ab, künftig stärker auf zweckmässige Bauten statt auf Selbstverwirklichung zu setzen.

Als Beispiele nennt der Votant den Schulcampus Dorf, dessen Kosten ursprünglich mit rund 20 Millionen Franken veranschlagt worden seien und nun voraussichtlich über 50 Millionen Franken liegen würden. Auch beim Werkhofprojekt sei ursprünglich von 5 Millionen Franken gesprochen worden, später jedoch von 13 Millionen Franken. Weiter erinnert *Roman Oberli, SVP* an die ursprünglich geplante Treppe beim Campusprojekt, die sich gestalterisch an San Francisco orientiert habe.

Abschliessend erklärt der Votant, er wolle den Blick in die Zukunft richten und gemeinsam mit FDP und Mitte/GLP eine bürgerliche Politik verfolgen, damit Binningen langfristig attraktiv bleibe. Aus seiner Sicht

müsse das Postulat deshalb zwingend geprüft werden. Selbst bei einer Überweisung und späteren Annahme würden dadurch noch keine Steuergelder zurückbezahlt; vielmehr werde dem Einwohnerrat lediglich zusätzlicher Handlungsspielraum eingeräumt.

Stefan Kaiser, FDP erklärt, vieles sei bereits gesagt worden. Der Rat sitze nicht hier, um die Interessen des Kantons zu vertreten. Zudem werde mit dem Vorstoss keine zwingende Einführung von Steuerrückvergütungen beschlossen. Vielmehr gehe es ausschliesslich darum, zu prüfen, wie ein solcher Mechanismus ausgestaltet werden könnte, welche Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssten und welche rechtlichen Grundlagen notwendig wären. Der Einwohnerrat würde sich dadurch gegebenenfalls ein zusätzliches Instrument schaffen, um Jahresergebnisse anders verwenden zu können als lediglich über die bestehenden Möglichkeiten der Einlage in die vorgesehenen zwei Töpfe.

Brigitte Schori, FDP dankt dem Gemeinderat für die aus ihrer Sicht gute Beantwortung des Postulats. Weiter bittet sie *Christian Schmid, SVP* darauf zu verzichten, andere Parteien beziehungsweise insbesondere die FDP hinsichtlich ihres Abstimmungsverhaltens oder ihrer Haltung zu kommentieren. Solche Bemerkungen seien nicht erforderlich.

Die Votantin hält fest, sie sei froh darüber, dass Investitionen der Gemeinde über Vorfinanzierungen sowie Bilanzüberschüsse finanziert werden könnten, um die Verschuldung möglichst tief zu halten. Zudem erinnert *Brigitte Schori, FDP* an eine frühere Präsentation von *Anton Lauber*, wonach rund fünf bis zehn Prozent der Steuerzahlenden etwa 90 Prozent des Steuersubstrats erbringen würden. Daraus folge, dass 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung von einer Steuerrückvergütung faktisch kaum profitieren würden, da die Rückerstattungsbeträge zu gering wären und gleichzeitig hohe administrative Kosten entstünden. Abschliessend hält die Votantin fest, es sei wichtig zu verstehen, wie die Steuerveranlagung, zeitliche Verzögerungen bei den Steuererträgen sowie Vorjahressteuern funktionierten, bevor weitere entsprechende Behauptungen aufgestellt würden.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP bedankt sich für die verschiedenen Wortmeldungen und nimmt insbesondere Bezug auf die Ausführungen von *Peter Frauchiger, FDP*. Sie erklärt, in ihrer Funktion als zuständige Gemeinderätin für die Finanzen trage sie die Verantwortung dafür, einen langfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt der Gemeinde Binningen sicherzustellen. Dies sei bereits gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, welcher ebenfalls der FDP angehört habe, so vereinbart worden. Ziel sei stets gewesen und bleibe weiterhin, eine langfristig ausgeglichene Rechnung der Gemeinde sicherzustellen.

Weiter hält die Gemeinderätin fest, dass die Gemeinde derzeit zwar noch Überschüsse ausweise, sich dies jedoch in Zukunft ändern werde. Die anstehenden Investitionen würden erst jetzt wirksam und die entsprechenden Abschreibungen würden künftig beginnen, die Jahresrechnungen zu belasten. Die aktuellen finanziellen Herausforderungen seien deshalb noch nicht vollumfänglich sichtbar, würden jedoch in den kommenden Jahren eintreten.

Die Votantin verweist in diesem Zusammenhang auf die Finanzplanung der Gemeinde, in welcher für die kommenden Jahre Defizite vorgesehen seien. Unter diesen Umständen sei die Gemeinde auf zusätzliche Einnahmen angewiesen, um Steuererhöhungen vermeiden zu können. Weiter erklärt *Eva-Maria Bonetti* dass bei einer positiven Entwicklung der langfristigen Finanzplanung später allenfalls erneut über Steuerensenkungen diskutiert werden könne. Derzeit befinde sich die Gemeinde jedoch in einer anderen Ausgangslage.

Grundsätzlich erachte sie die Idee des Postulats durchaus als eine gute Idee. Aus ihrer Sicht handle es sich jedoch weder um den richtigen Zeitpunkt noch um die geeignete Gemeinde für eine solche Umsetzung. Es müsse verhindert werden, dass kurzfristige Mechanismen zu späteren Steuererhöhungen führten.

Abschliessend äussert die Gemeinderätin Kritik am Tonfall innerhalb des Einwohnerrates. Sie empfinde die Art der Diskussion gegenüber dem Gemeinderat teilweise als unangemessen und erinnert daran, dass entsprechende Hinweise bereits an früheren Sitzungen gemacht worden seien. Sie bittet den Rat deshalb, wieder vermehrt sachlich und respektvoll miteinander umzugehen.

Während der Ausführungen erinnert *Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* in moderierender Weise die Gemeinderätin an die geltende Redezeitregelung. Anschliessend hält der Präsident fest, dass grundsätzlich für Erstvoten eine Redezeit von fünf Minuten und für Folgebeiträge eine solche von zwei Minuten gelte. Die Zeitkontrolle erfolge durch die neben ihm sitzende Vizepräsidentin und Zeitnehmerin *Nina Eldridge, Mitte/GLP*.

Sirin Hauri, Grüne/EVP erklärt, sie wolle ebenfalls darauf hinweisen, dass dem Gemeinderat, welcher die Abklärungen vorgenommen habe, mit entsprechendem Respekt begegnet werden solle. Weiter führt die sie aus, dass es in der Vergangenheit durchaus Postulate gegeben habe, bei denen bereits zu Beginn genügend Informationen vorgelegen hätten, um auf eine Überweisung zu verzichten. In anderen Fällen seien zunächst vertiefte Prüfungen notwendig gewesen.

Die Votantin hält fest, dass man konsequenterweise jedes Postulat überweisen müsste, wenn allein mangelnde Diskussionsbereitschaft als Argument für eine Überweisung gelten würde. Es sei jedoch legitim, aufgrund der bereits vorliegenden Informationen zum Schluss zu kommen, dass ein Vorstoss nicht sinnvoll erscheine. Sie gehe davon aus, dass der Gemeinderat die Angelegenheit seriös geprüft habe.

Lewin Lempert, SP bedankt sich zunächst bei *Brigitte Schori, FDP* für deren Hinweis auf die Verteilungswirkung einer möglichen Steuerrückvergütung, welche aus seiner Sicht sehr ungleich ausfallen würde. Weiter stört den Votanten die Darstellung, wonach überschüssige Mittel für unnötige Projekte verwendet würden. Tatsächlich gehe es primär um den Schulcampus Dorf, das grösste Investitionsprojekt der Gemeinde, welches zudem durch ein deutliches Volksvotum legitimiert worden sei. Er verweist darauf, dass gemäss dem Bericht zum Postulat eine Finanzierung des Projekts in der bisherigen Form ohne entsprechende Vorfinanzierungen nicht möglich gewesen wäre. Die Gemeinde hätte sich deutlich stärker verschulden müssen, was zu unsicheren finanziellen Verhältnissen geführt hätte.

Als persönliche Bemerkung ergänzt der Votant, die Idee einer Steuerrückvergütung klinge zunächst attraktiv. Privat würde man jedoch ebenfalls nicht kurzfristig zusätzlich verfügbares Geld unmittelbar ausgeben, wenn gleichzeitig grössere Rechnungen Anfang Jahres im Januar bevorstünden. Eine solche Vorgehensweise entspreche aus seiner Sicht keiner vorausschauenden Finanzpolitik. Abschliessend richtet *Lewin Lempert, SP* einen Appell an die *Mitte/GLP-Fraktion*, das Postulat geschlossen abzulehnen, da dieses für eine vernünftige Finanzpolitik der Gemeinde nicht förderlich sei.

Christian Schmid, SVP hält fest, er werde auch in zehn Jahren darauf hinweisen, dass die Mehrheit der FDP die Steuererhöhung unterstützt habe. Dies müsse öffentlich bekannt sein, da die Ratsmitglieder vom Volk gewählt seien. Er sei überzeugt, dass 95 Prozent der FDP-Wählerschaft keine Steuererhöhung unterstützt hätten. Weiter führt er aus, es gehe nicht darum, grossen Steuerzahlenden «geschenktes Geld» zurückzugeben. Vielmehr handle es sich um Mittel, welche die Steuerzahlenden eingebracht hätten und mit denen Projekte finanziert würden, die er als «Selbstverwirklichungsprojekte» bezeichnet. Als Beispiele nennt er Projekte in «Manhattan- oder San-Francisco-Grössenordnung».

Zudem erläutert er, bei einer Steuerrückvergütung auf Basis der letzten Rechnung hätte dies für den Mediansteuerzahler in Binningen ungefähr 500 Franken bedeutet. Die meisten Personen könnten mit diesem Geld eigenverantwortlich umgehen und benötigten keine staatliche Vorgabe darüber, wie dieses einzusetzen sei. Unter Bezugnahme auf ein früheres Votum eines *GLP-Mitglieds* merkt er an, dort sei sinngemäss vertreten worden, der Staat wisse besser, was mit dem Geld anzufangen sei als die Bürgerinnen und Bürger. Dazu hält er fest, dabei sei das «L» im Begriff «liberal» etwas verloren gegangen.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP bittet den Votanten, zum Punkt zu kommen.

Christian Schmid, SVP verweist erneut auf ein eigenes Votum vom 4. Dezember 2023 mit der Aussage: «Was muss noch alles passieren, bis man die Steuern senken kann.» Er richtet die Frage an den Gemeinderat, was konkret noch eintreten müsse, nachdem seit mehreren Jahren Überschüsse erzielt würden und dennoch jeweils erklärt werde, der Zeitpunkt für eine Steuersenkung sei noch nicht gekommen.

Der Votant führt weiter aus, in den vergangenen vier Jahren seien die Budgets im Durchschnitt um rund acht bis neun Millionen Franken überschritten worden. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, weshalb nicht auf einzelne Projekte verzichtet oder diese in reduziertem Umfang umgesetzt würden.

Peter Frauchiger, FDP erklärt, er habe sich kurzfristig entschieden, einen Ordnungsantrag zu stellen. Aus seiner Sicht sei genügend gesagt worden. Letztlich gehe es um die Frage, ob das Postulat überwiesen werde oder nicht.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP hält fest, es befänden sich noch acht Sprecherinnen und Sprecher auf der Redeliste. Er erläutert, bei Zustimmung zum Ordnungsantrag werde die Diskussion nach diesen acht Voten beendet. In der anschliessenden Abstimmung wird der Ordnungsantrag mit 28 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

ABSTIMMUNG

Ordnungsantrag, P. Frauchiger (FDP): 28 JA / 3 NEIN / 3 Enthaltung (Abstimmung 6)

Leon Behrends, FDP repliziert auf verschiedene vorangegangene Voten von Lewin Lempert, Brigitte Schori und des Gemeinderats. Er hält fest, die Alternative zur Finanzierung durch Überschüsse sei nicht automatisch eine Verschuldung. Es könne auch innerhalb bestehender Ausgabenprioritäten umgeschichtet werden. Weiter führt der Votant aus, die langfristige Planbarkeit gehe nicht verloren. Gerade, weil Überschüsse nicht budgetiert und nicht eingeplant werden dürften, sollten sie auch nicht stillschweigend zu dauerhaften Finanzierungsquellen neuer Ausgaben werden. Es werde einerseits betont, Überschüsse dürften nicht eingeplant werden, gleichzeitig würden sie jedoch bereits für Investitionen berücksichtigt. Dies bezeichnet er als «nicht zulässige Gehirngymnastik». Zudem entgegnet er, ein definierter Mechanismus führe gerade nicht zu einem «Hü und Hott» bei den Steuern, sondern schaffe Verlässlichkeit. Nur wenn bestimmte Bedingungen erfüllt seien, würde ein Teil des nicht budgetierten Überschusses rückvergütet.

Felix Gerber, Mitte/GLP dankt Leon Behrends für den innovativen Vorschlag sowie dem Gemeinderat für die Beantwortung, welche die Diskussion ermögliche. Gegenüber Peter Frauchiger merkt er an, es sei nicht zwingend schlecht, bereits vor einer allfälligen Überweisung eines Postulats vertieft zu diskutieren, anstatt zusätzlichen Verwaltungsaufwand zu generieren.

Der Votant hält fest, beim vorliegenden Postulat gehe es ausschliesslich um die Rückvergütung nicht budgetierter Überschüsse. Er erklärt, er sei noch unentschlossen und richtet zwei Fragen an Leon Behrends beziehungsweise an Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti. Er fragt zunächst, weshalb der vorgeschlagene Mechanismus die Planungssicherheit beeinträchtigen solle, da es logisch betrachtet eher umgekehrt erscheine, wenn lediglich nicht budgetierte Überschüsse betroffen seien. Weiter stellt er die Frage, ob ein solcher Mechanismus aus Sicht von Verwaltung und Exekutive nicht relativ einfach umgangen werden könnte, indem weniger konservativ budgetiert oder mehr ausgegeben werde.

Abschliessend greift er die zuvor von Christian Schmid aufgeworfene Frage auf, ob bei einem Wunsch nach tieferen Steuern letztlich nicht konsequent über Steuersenkungen diskutiert werden müsse. Zudem

fragt er, ob eine Rückvergütung tatsächlich einen nachhaltigen Effekt hätte oder ob dadurch Mittel jährlich vollständig ausgeschöpft würden.

Roman Oberli, SVP hält fest, in der Diskussion sei mehrfach erwähnt worden, die Steuern müssten wieder erhöht werden. Dabei werde ausgeblendet, dass diese erst vor Kurzem erhöht worden seien. Der Votant unterstützt die Ausführungen von Leon Behrends sowie Felix Gerber. Es gehe nicht darum, zusätzliche Überschüsse zu planen, sondern um Sondereffekte. Die Gemeinde plane sauber, weshalb die laufenden Projekte nicht beeinträchtigt würden. Sollten erneut ungeplante Überschüsse eintreffen, wie dies in der Vergangenheit der Fall gewesen sei, sei dies für alle Beteiligten positiv.

Unter Bezugnahme auf ein früheres Beispiel von Lewin Lempert führt er aus, wenn jemand 3'500 Franken einbezahlt und 500 Franken zurückerhalte, könne diese Person selbst entscheiden, ob das Geld zurückgelegt oder anderweitig verwendet werde.

Weiter hält der Votant fest, die Finanzplanung werde durch den vorgeschlagenen Mechanismus nicht beeinträchtigt. Der Einwohnerrat könne jeweils entscheiden, ob und in welchem Umfang Rückvergütungen vorgenommen würden. Der Gemeinde gehe dadurch keinen Franken verloren, den Steuerzahlenden könnten jedoch einige Franken zugutekommen.

Andrea De Fregias, SP äussert Bedauern darüber, dass verschiedene Vorrednerinnen und Vorredner trotz ihrer Tätigkeit in der Rechnungsprüfungskommission nun eine Steuersenkung diskutierten, obwohl seit längerer Zeit von einem Investitionsstau gesprochen werde. Die Votantin erklärt, sie wolle, dass in Binningen weiterhin Angebote für Freizeit und sportliche Aktivitäten ermöglicht würden. Sie halte es deshalb für wichtig, entsprechende Projekte auch künftig finanziell zu unterstützen. Aus diesem Grund erachte sie den Zeitpunkt für eine Steuersenkung als falsch.

Gian Kamber, Mitte/GLP richtet eine Replik an Christian Schmid und erklärt, dieser stilisiere sich und die SVP seit mehreren Sitzungen als «letzte Bastion der Binninger Bevölkerung». Dies könne er zunehmend nicht mehr nachvollziehen. Der Votant hält fest, sämtliche Ratsmitglieder würden unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung versuchen, das Beste für die Bevölkerung Binningens zu erreichen, unabhängig davon, ob sie eine Steuerrückvergütung unterstützten oder nicht. Die GLP stehe für konstruktive Politik. In diesem Zusammenhang bezeichnet er auch den Vorschlag von Leon Behrends als konstruktiv.

Weiter erklärt er gegenüber Sirin Hauri, es gehe nicht darum, dass der Gemeinderat dem Postulat grundsätzlich nicht zustimme. Vielmehr gehe es um die Art und Weise, wie mit einem solchen Vorstoss umgegangen werde. Peter Frauchiger habe zutreffend darauf hingewiesen, dass es sich um einen konstruktiven Vorschlag handle, dem man gegenüber dem Postulanten auch entgegenkommend begegnen könne. Abschliessend hält der Votant fest, konstruktive Politik bestehe nicht darin, sich bei jeder Gelegenheit selber zu zitieren oder sich als alleiniger Vertreter der Interessen der Bevölkerung darzustellen.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP beantwortet die noch offenen Fragen und dankt Leon Behrends für dessen Ausführungen. Sie erklärt, die Argumentation sei nachvollziehbar: Wenn höhere Einnahmen erzielt würden, könne der Eindruck entstehen, diese seien nicht eingeplant worden. Dies sei korrekt, da die zusätzlichen Einnahmen nicht budgetiert werden dürften.

Weiter führt die Gemeinderätin aus, die Gemeinde habe in den vergangenen Jahren Überschüsse und Sondereffekte – etwa Nach- und Strafsteuern oder den Verkauf des Kabelnetzes – dazu verwendet, Investitionen aus der laufenden Rechnung zu finanzieren und damit die Aufnahme von Fremdkapital zu vermeiden. Ebenso hätten Vorfinanzierungen gebildet werden können, welche künftig zur Glättung der Abschreibungen beitragen. Diese Finanzpolitik habe Binningen bisher verfolgt und profitiere nun davon.

Zudem erläutert sie, die Gemeinde sei froh um allfällige Überschüsse, da das Investitionsvolumen stark angestiegen sei. Während früher von Projekten im Umfang von rund 160 bis 180 Millionen Franken gesprochen worden sei, liege das Volumen inzwischen deutlich höher. Sämtliche potenziellen Investitionen müssten in die Planung aufgenommen werden, unabhängig davon, ob sie später tatsächlich realisiert würden.

Die Gemeinderätin hält fest, eine Priorisierung durch den Einwohnerrat würde die Langfristplanung erleichtern. Falls klar definiert würde, welche Projekte prioritär behandelt und auf welche allenfalls verzichtet werden könne, würde dies die Investitionsplanung vereinfachen und die langfristigen Kosten reduzieren. Früher sei in diesem Zusammenhang von einem «Masterplan» gesprochen worden. Abschliessend äussert sie die Hoffnung, mit diesen Erläuterungen die offenen Fragen beantwortet zu haben.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP schreitet zur Abstimmung. Er erläutert, zur Abstimmung stehe das Postulat in erweiterter Form mit der Forderung, zu prüfen, inwiefern eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden könne, damit der Einwohnerrat im Rahmen der Rechnungsberatung über eine allfällige Steuerrückvergütung entscheiden könne.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 18 JA / 16 NEIN (Abstimmung 7)

Der Präsident bedankt sich für die zahlreichen Voten und die vielfältigen inhaltlichen Beiträge. Er zeigt sich überzeugt, dass die Diskussionen beim anschliessenden Apéro weitergeführt würden.

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 7

Gesch. Nr. 128

Instandhaltung Schloss Binningen, Nachtragskredit

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet Traktandum 7 zur Instandhaltung des Schlosses Binningen und dem beantragten Nachtragskredit. Er erkundigt sich, ob das Eintreten bestritten sei, und ersucht anschliessend um die Voten der Fraktionssprecher und Fraktionssprecherinnen.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Melanie Held, SVP erklärt, die SVP-Fraktion habe das Geschäft sehr genau geprüft und beurteile den Antrag grundsätzlich als gut. Positiv sei insbesondere, dass sich die Mehrkosten innerhalb der vorgesehenen Grenze von zehn Prozent bewegten.

Gleichzeitig fordert sie künftig präzisere Abklärungen und detailliertere Prüfungen, insbesondere bei denkmalgeschützten Gebäuden. Bei solchen alten Objekten gebe es oft versteckte Kosten, was sich auch bei diesem Projekt gezeigt habe. Kritisch merkt sie an, dass trotz eines Architekturhonorars von rund 20 Prozent des Gesamtbudgets erhebliche Mehrkosten entstanden seien.

Positiv bewertet sie zudem, dass die Behindertengerechtigkeit künftig berücksichtigt werde. Kritisch sei hingegen, dass die Lebensdauer einzelner Anlagen offenbar nicht genügend berücksichtigt worden sei, etwa beim Brandschutz oder bei der Lüftung. Man hätte aus ihrer Sicht erwarten dürfen, dass solche

Punkte bereits im Vorfeld erkannt würden. Die SVP stimme dem Antrag dennoch zu, wünsche aber eine zeitnahe Umsetzung und keine Verzögerung um mehrere Jahre.

Gian Kamber, Mitte/GLP dankt dem Gemeinderat für die ausführlichen Darlegungen. Bei Umbauten und Renovationen seien zusätzliche Arbeiten und Kosten oft nicht vollständig vorhersehbar. Bedauerlich sei zwar, dass die eingeplanten Reserven nicht ausgereicht hätten, doch sei allen bewusst, dass die Investitionen notwendig seien, um das Schloss als Kulturgut langfristig zu erhalten.

Die Mitte-GLP-Fraktion hoffe insbesondere, dass sich die Investitionen in Kälte- und Brandschutzanlagen langfristig auszahlen und dadurch in nächster Zeit kein weiterer Handlungsbedarf mehr entstehe. Die Fraktion unterstütze den Nachtragskredit.

Özlem Ipek-Avvisati, SP erklärt, bei grösseren denkmalpflegerischen Sanierungsprojekten wie beim Schloss Binningen sei nachvollziehbar, dass nicht sämtliche Kosten im Voraus absehbar seien. Die Mehrkosten seien konkret begründet und bewegten sich innerhalb der zulässigen Grenze von plus zehn Prozent. Die SP halte es deshalb für wichtig, den Nachtragskredit zeitnah zu genehmigen, damit die Bauarbeiten ohne Verzögerung weitergeführt und das Projekt planmässig abgeschlossen werden könne.

Peter Bertschi, Grüne/EVP erklärt, aus Sicht der Grünen/EVP seien die Mehrkosten nachvollziehbar begründet. Es habe terminliche Verzögerungen, versteckte Mängel sowie zusätzliche Positionen gegeben, die neu aufgenommen werden mussten. Kritisch äussert er sich jedoch zu den Honoraren, die aus seiner Sicht relativ hoch ausfielen. Er erwartet, dass Gemeinderat und Verwaltung diese Kosten kritisch hinterfragen und überprüfen, ob alles korrekt verlaufen sei.

Weiter weist er darauf hin, dass die aktuellen Bilder darauf schliessen liessen, dass Unterhaltsarbeiten im Bereich Haustechnik in den vergangenen Jahren teilweise vernachlässigt worden seien. Als Beispiel nennt er den verschmutzten Lüftungskanal, bei dem offensichtlich nie eine Reinigung durchgeführt worden sei. Ein regelmässiger Unterhalt helfe langfristig, Kosten zu sparen und den Wert der Gebäude zu erhalten.

Zur verschobenen Dachsanierung merkt er an, dass sich im Nachhinein gezeigt habe, dass diese noch nicht dringend sei. Dennoch habe sich die Fraktion gefragt, ob es nicht günstiger gewesen wäre, die Arbeiten gleich mit auszuführen, solange ohnehin saniert werde.

Die Grünen/EVP stimmen den Mehrkosten zu, fordern jedoch künftig eine proaktivere und vorausschauende Instandhaltungsstrategie für gemeindeeigene Liegenschaften.

Brigitte Schori, FDP bedankt sich für den Bericht und die transparente Offenlegung der Mehrkosten. Beim Schloss handle es sich um ein historisch wichtiges Gebäude, weshalb die zusätzlichen Ausgaben nachvollziehbar seien. Gleichzeitig erinnert sie daran, dass das Schloss bedeutende Pachtzinseinnahmen generiere. Die FDP-Fraktion stimme dem Antrag zu.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erkundigt sich anschliessend, ob sich die Gemeindepräsidentin äussern möchte.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die positiven Rückmeldungen. Sie betont, dass keineswegs unsorgfältig geplant worden sei. Bei historischen Gebäuden lasse sich trotz vorgängiger Sondierungen nicht alles vorhersehen. Beispielsweise könne man bei zwei WC-Anlagen einen bestimmten Zustand feststellen, später bei weiteren WCs jedoch deutlich grössere Schäden entdecken.

Auch der Vorwurf mangelnden Unterhalts weist sie zurück. Die Gemeinde habe ein eigenes Interesse daran, das Schloss regelmässig instand zu halten. Dennoch fordere das hohe Alter des Gebäudes seinen Tribut.

Zur Dachsanierung erklärt sie, dass aktuell kein akuter Handlungsbedarf bestehe. Das Dach sei dicht und funktioniere. Gleichzeitig befinde sich die Gemeinde in Gesprächen mit der Denkmalpflege bezüglich eines möglichen Personenlifts. Dieser sei für den Betrieb des Schlosses essentiell, da die oberen Stockwerke sonst kaum sinnvoll genutzt werden könnten. Bislang sei ein solcher Lift kategorisch abgelehnt worden,

mit einer neuen verantwortlichen Person bei der Denkmalpflege gebe es nun jedoch eine gewisse Offenheit. Falls ein Innenlift realisiert werden könne, solle gleichzeitig auch das Dach saniert werden. So könnten Doppelspurigkeiten und unnötige Kosten vermieden werden.

Zu den Honoraren erklärt die Gemeindepräsidentin, diese richteten sich nach den geltenden SIA-Normen. Diese Diskussion tauche regelmässig auf, doch halte man sich an die entsprechenden Vorgaben.

Abschliessend versichert sie, die Gemeinde gehe haushälterisch mit den Mitteln um und verfolge das Ziel, das Schloss in einen guten Zustand zu bringen und den neuen Pächtern einen gelungenen Start zu ermöglichen. Ab Juli 2026 solle das Schloss wieder vollständig genutzt werden können.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erkundigt sich, ob sich weitere Leute im Rat zu diesem Nachtragskredit äussern möchten.

Melanie Held, SVP bedankt sich für die Erläuterungen von Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, hält jedoch fest, dass man gerade im Zusammenhang mit den SIA-Normen die Lebensdauer technischer Anlagen wie Lüftungen durchaus hätte erkennen können. Sie kritisiert ausdrücklich nicht den Gemeinderat, sondern das Architekturbüro. Bei einem derart hohen Honorar müsse man erwarten dürfen, dass solche Aspekte berücksichtigt würden.

Charlotte Marti, SVP fragt, ob der nun beantragte Betrag tatsächlich ausreiche oder ob später nochmals Nachtragskredite nötig würden. Sie betont, dass die Arbeiten zwar richtig seien, nun aber sauber und endgültig ausgeführt werden müssten und nicht scheinbar immer neue Kredite folgen dürften.

Ralph Büchelin, SP erkundigt sich nach den Hintergründen des Pächterwechsels.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP erklärt gegenüber Charlotte Marti, dass nach heutigem Wissensstand keine weiteren kurzfristigen Nachtragskredite notwendig seien. Einzig das Thema Innenlift könne in einigen Jahren nochmals relevant werden, habe aber nichts mit der aktuellen Sanierung zu tun.

Zum Pächterwechsel führt sie aus, dass die bisherigen Eigentümer der Schloss AG die Gemeinde letztes Jahr informiert hätten, dass sie aufhören wollten. Sie hätten daraufhin Käufer für ihre Gesellschaft gesucht und die AG schliesslich an die Sütterlin-Gruppe verkauft. Diese betreibe bereits unter anderem den Gasthof Mühle in Aesch sowie das Hotel Hofmatt in Münchenstein.

Die neue Betreiberin sei seit dem 1. Januar im Hotel und Bistro tätig. Die Sanierungsarbeiten seien eng mit den neuen Pächtern abgestimmt worden, damit diese im Juli mit einem sanierten Betrieb starten könnten. Wer wolle, könne das Bistro bereits besuchen; aus ihrer Sicht werde dort gute Arbeit geleistet.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, und schreitet zur Abstimmung.

ABSTIMMUNG

Nachtragskredit Schloss Binningen: 33 JA / 1 Enthaltung (Abstimmung 8)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst einen Nachtragskredit zu der Investitionsausgabe «Instandsetzung Schloss Binningen 2023-2027» von 350'000 Franken inkl. MwSt. und somit ein Kostendach von 3,85 Mio. Franken für die Umsetzung der gesamten Instandsetzungsarbeiten.

Traktandum 8

Gesch. Nr. 129

Teilrevision Energiefondsreglement

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet die Beratung zu Traktandum 8 betreffend die Teilrevision des Energiefondsreglements und stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Anschliessend bittet er die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher um ihre Voten.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Sirin Hauri, Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat für die erneute Vorlage des Geschäfts. Der Energiefonds habe sich als bewährtes Instrument erwiesen. Bereits vor dem Referendum sei dargelegt worden, weshalb dessen Weiterführung sinnvoll sei. Eine gewisse Neuausrichtung erscheine angezeigt, da der Kanton seine Finanzierung angepasst habe und Mobilität sowie Heizung den grössten Anteil des CO₂-Ausstosses verursachten. Für die Erreichung des Netto-Null-Ziels brauche es in diesen Bereichen zusätzliche Anstrengungen. Erfreulich sei, dass die Stimmberechtigten der neuen Finanzierung des Energiefonds zugestimmt hätten und das Reglement nun erneut beschlossen werden könne. Die Fraktion Grüne/EVP unterstütze den Antrag des Gemeinderats.

Stefan Kaiser, FDP erklärt, die FDP stimme dem Reglement zu. Nach der Volksabstimmung werde damit nun der Volkswille ratifiziert. Befremdlich erscheine jedoch die Erhöhung einzelner Beiträge, da dadurch der Eindruck entstehe, die Gemeinde kompensiere Finanzierungslücken des Kantons. Gewünscht werde deshalb eine sorgfältige Auseinandersetzung und Interessenabwägung im Gemeinderat bei der Finalisierung der Verordnung. Zudem werde gehofft, dass die Mittel künftig ausreichend seien und keine zweckentfremdeten Gelder mehr in den Fonds eingespeist werden müssten. Im Sinne der Rechtssicherheit beantrage die FDP, das Reglement nicht rückwirkend, sondern erst nach der Verabschiedung durch den Einwohnerrat in Kraft zu setzen.

Weiter, so der Votant, beantrage die FDP eine Anpassung von § 7 lit. b des Energiefondsreglements. Dabei solle die Definition des Bundes übernommen werden.

Der Antrag wird auf dem Visualizer präsentiert.

Der Bau einer Photovoltaikanlage solle finanziell unterstützt werden, sofern die Anlage die Kriterien des Bundes erfülle und die Einmalvergütung für kleine Photovoltaikanlagen (KLEIV) enthalte. Unterstützungen für Anlagen, welche unter die Bestimmungen der kostendeckenden Einspeisevergütung fielen, seien davon ausgenommen. Im Reglement werde derzeit auf Anlagen bis 10 Kilowatt Bezug genommen, während Bund und Kanton Klein-Photovoltaikanlagen bis 100 Kilowatt definierten. Unterschiedliche Regelungen auf Gemeindeebene würden nicht als sinnvoll erachtet.

Ralph Büchelin, SP hält fest, der Energiefonds habe sich seit 2014 bewährt und zahlreiche nachhaltige Projekte unterstützt. Mit dem Ertrag aus dem Kabelnetzverkauf von 2,6 Millionen Franken sowie künftigen Einnahmen aus Photovoltaikanlagen könne der Fonds für weitere zehn Jahre finanziert werden. Die Teilrevision enthalte verschiedene Anpassungen.

Innerhalb der Fraktion sei diskutiert worden, thermische Solaranlagen in § 7 von der Förderung auszunehmen. Ursprünglich sei die Ansicht vertreten worden, dass Solarkollektoren weniger sinnvoll seien, da im Sommer überschüssiges Warmwasser produziert werde, während im Winter kaum Erträge vorhanden seien. Inzwischen sei jedoch erkannt worden, dass thermische Anlagen beispielsweise in Kombination mit Erdsonden sinnvoll eingesetzt werden könnten, indem im Sommer Wärme ins Erdreich geleitet werde, welche im Winter wieder genutzt werden könne. Deshalb könne die Förderung beibehalten werden.

Positiv bewertet werde zudem, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat künftig alle zwei Jahre Bericht über die Förderungen erstatte. Die SP-Fraktion unterstütze die Überweisung der Anträge 1 und 2.

Charlotte Marti, SVP dankt für die Vorlage des Energiefondsreglements. Die SVP-Fraktion werde dieses annehmen.

Oliver Peter, Mitte/GLP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die vorgelegte Revision des Energiefondsreglements. Mit der Vorlage würden im Wesentlichen die quantitativen Anpassungen verschiedener Fördermassnahmen umgesetzt, welche durch die ENCO Energy Consulting empfohlen worden

seien, damit der Fonds weiterhin zur Erreichung des CO₂-Netto-Null-Ziels von Binningen bis möglichst 2045 beitragen könne.

Der Binninger Fonds wirke insbesondere dadurch, dass kantonale sowie bei Photovoltaikanlagen nationale Förderbeiträge verstärkt würden. Dadurch könne die Gemeinde auf eine administrativ aufwendige Detailprüfung verzichten. Da der Kanton energetische Gebäudesanierungen und Dämmungen inzwischen stärker unterstütze, erscheine es sinnvoll, die Zusatzleistungen aus dem Gemeindefonds zu reduzieren und stattdessen den Umstieg auf erneuerbare Wärmequellen stärker zu fördern.

Die Mitte/GLP-Fraktion unterstütze die Revision grundsätzlich. Gewünscht worden wäre jedoch ein stärkerer Fokus auf qualitative Vorschläge aus dem ENCO-Bericht. Genannt werden insbesondere die Förderung steil gestellter Photovoltaik-Panels für Winterstrom, Fahrzeugladeinfrastrukturen in Mehrfamilienhäusern sowie Stromspeicherbatterien. Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi habe jedoch überzeugend dargelegt, dass diese Punkte entweder bereits abgedeckt seien, finanziell kaum ins Gewicht fielen oder automatisch berücksichtigt würden, sobald der Kanton seine Vorgaben anpasse.

Als weitere sinnvolle Empfehlung wird die Förderung von Anschlüssen an Wärmeverbände anstelle individueller Wärmepumpen bezeichnet. Auch hierzu habe man sich überzeugen lassen, dass eine Umsetzung mit vertretbarem Aufwand nicht möglich sei.

Die Fraktion unterstütze die beiden Anträge. Gleichzeitig werde der Gemeinderat ausdrücklich aufgefordert, den Handlungsspielraum des Reglements aktiv zu nutzen, offensiv über den Fonds und dessen Ziele zu kommunizieren, Beratungsangebote bekannt zu machen sowie gute Beispiele geförderter Projekte publik zu machen und zur Nachahmung zu empfehlen. Ebenso solle der Rahmen für Pilot- und Demonstrationsprojekte aktiv genutzt werden, um innovative Lösungen für die Energiewende umzusetzen, beispielsweise in Form eines Wettbewerbs. Ganz nach der Devise «tue Gutes und rede darüber».

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erteilt anschliessend der Gemeindepräsidentin das Wort.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP dankt für die Rückmeldungen. Speziell dankt sie Stefan Kaiser dafür, dass er seinen Antrag vorab zugestellt habe, wodurch eine Vorbereitung möglich gewesen sei. Selbstkritisch merkt sie an, dass dieser Antrag auch den übrigen Fraktionen hätte zugestellt werden können.

Zum Antrag betreffend die Aufhebung der Begrenzung bei 9,99 Kilowatt-Peak führt die Votantin aus, dass dies finanzielle Konsequenzen habe. Mit der bestehenden Begrenzung seien im Jahr 2024 rund 40'800 Franken für Photovoltaikanlagen ausgerichtet worden. Ohne diese Begrenzung hätte die Unterstützung im selben Jahr 75'200 Franken betragen. Dies entspreche einem Mehrbedarf von 74,3 Prozent pro Jahr. Ohne Begrenzung würde der Fonds deutlich schneller ausgeschöpft.

Es wird weiter erläutert, dass auch grössere Anlagen gefördert würden, deren Leistung jedoch auf 10 Kilowatt-Peak heruntergerechnet werde. Ziel des Fonds sei eine möglichst breite Wirkung. Möglichst viele Personen sollten von den Fördermitteln profitieren können. Aus diesem Grund werde die bestehende Begrenzung weiterhin als sinnvoll erachtet.

Bezüglich der thermischen Solaranlagen verweist die Gemeindepräsidentin auf die Ausführungen von Ralph Büchelin. Thermische Anlagen seien flächenmässig effizienter für die Warmwasseraufbereitung als Photovoltaikanlagen und deshalb weiterhin sinnvoll. Finanzielle Auswirkungen seien dabei gering.

Zum Antrag der FDP betreffend das Inkrafttreten des Reglements bittet die Gemeindepräsidentin, diesem nicht zuzustimmen. Der Fonds sei im Vorjahr bereits etwas mehr als zur Jahresmitte ausgeschöpft gewesen. Zahlreiche Gesuche seien eingegangen, deren Behandlung zurückgestellt worden sei, bis der Fonds erneut geäufnet werde. Auch nach der Volksabstimmung seien bereits neue Gesuche eingereicht worden.

Es erscheine willkürlich, die Bewilligung dieser Gesuche davon abhängig zu machen, wann der Einwohnerrat das Reglement behandle. Wäre die Beratung aufgrund längerer Diskussionen anderer Geschäfte erst in der Juni-Sitzung erfolgt, hätte das Reglement erst per 1. August 2026 in Kraft treten können. Dieses Inkrafttretensdatum erscheine zufällig und nicht sachgerecht. Da der Bevölkerung die Weiterführung des

Fonds zugesichert worden sei und diese dem zugestimmt habe, werde ein rückwirkendes Inkrafttreten per 1. Januar 2026 als korrekt erachtet.

Die Gemeindepräsidentin ergänzt, Stefan Kaiser habe die Hoffnung geäußert, dass künftig keine zweckfremden Mittel mehr in den Fonds eingespeist werden müssten. Bereits bei der Beratung zur erneuten Speisung des Fonds sei ausgeführt worden, dass der Fonds nochmals für rund zehn Jahre aufgestockt werden solle, analog zur ursprünglichen Laufzeit. Die Berechnungen seien zusammen mit einem externen Berater auf Grundlage der vorgesehenen Fördervergütungen vorgenommen worden. Ziel sei es, dass der Fonds für weitere zehn Jahre ausreiche. Gleichzeitig sei klar festgehalten worden, dass keine Absicht bestehe, den Fonds danach erneut weiterzuführen. Vielmehr werde davon ausgegangen, dass die Förderung energiepolitischer Massnahmen bis dahin ihre Wirkung erzielt habe und nicht mehr erforderlich sei. Stand heute sei eine erneute Verlängerung des Fonds somit nicht vorgesehen.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP dankt für die Ausführungen und erkundigt sich nach weiteren Wortmeldungen.

Roman Oberli, SVP fragt nach, wie viele Personen vom rückwirkenden Inkrafttreten betroffen wären beziehungsweise wie viele Gesuche sich im Vergleich zum Vorschlag der FDP ergeben würden.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP erklärt, eine genaue Zahl liege nicht vor. Es handle sich jedoch um eine zweistellige Anzahl pendent gebliebener Gesuche.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP führt aus, dass im Rahmen der Detailberatung lediglich ein Änderungsantrag der FDP zu § 7 lit. b vorliege. Vorgesehen sei, die beiden Varianten einander gegenüberzustellen und anschliessend über das gesamte teilrevidierte Reglement abzustimmen.

Der Präsident erläutert nochmals den Antrag der FDP. Dabei solle in § 7 lit. b die Formulierung «Einmalvergütung der Swissgrid für Anlagen bis 9,99 Kilowatt-Peak» ersetzt werden durch «Einmalvergütung für kleine Photovoltaikanlagen (KLEIV)», entsprechend der Definition des Bundes.

Stefan Kaiser, FDP präzisiert ergänzend, dass für kleine Photovoltaikanlagen keine kostendeckende Einspeisevergütung mehr vorgesehen sei. Deshalb könne der Satz «Unterstützungen für Anlagen, welche unter die Bestimmungen der kostendeckenden Einspeisevergütung fallen, sind ausgenommen» ersatzlos gestrichen werden.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP fragt nach, ob damit beantragt werde, den zweiten Satz vollständig zu streichen.

Stefan Kaiser, FDP bestätigt dies.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erteilt der Gemeindepräsidentin das Wort.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP erklärt, sie würde den betreffenden Satz spontan nicht streichen wollen. Dies sei jedoch nicht vertieft abgeklärt worden. Ihres Wissens existierten kostendeckende Einspeisevergütungen weiterhin für andere Anlagen. Eine sofortige Streichung erscheine deshalb als Schnellschuss. Falls solche Vergütungen tatsächlich nicht mehr existierten, schade die Formulierung niemandem. Falls sie weiterhin bestünden, habe deren Erwähnung ihren Grund.

Stefan Kaiser, FDP verweist auf Art. 13 der Energieförderungsverordnung (EnFV), wonach am Einspeisevergütungssystem nur noch grosse Photovoltaikanlagen teilnehmen könnten. Es handle sich jedoch um ein Detail.

Ralph Büchelin, SP hält fest, er werde den Antrag ablehnen. Die Diskussion erscheine ihm unklar, weshalb er einen vorschnellen Entscheid bedaure. Es sei zu befürchten, dass die Zusammenhänge nicht vollständig verstanden würden und deshalb Ablehnung entstehe. Aus seiner Sicht müsse die Frage vertiefter abgeklärt und zu einem späteren Zeitpunkt nochmals behandelt werden.

Felix Gerber, Mitte/GLP erklärt, die Streichung des betreffenden Satzes sei vermutlich nicht entscheidend. Die Ausgangslage hinsichtlich der Grenze von 10 Kilowatt-Peak erscheine hingegen relativ klar. Wie bereits von Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi ausgeführt worden sei, handle es sich letztlich um eine

politische Entscheidung. Sachlich gebe es kein grundsätzliches Argument dagegen, grössere Anlagen gleich zu fördern wie kleinere. Denkbar sei sogar ein gewisses Risiko, dass Anlagen bewusst kleiner dimensioniert würden, um unter der Grenze zu bleiben. Dieses Risiko erscheine jedoch nicht wesentlich. Letztlich müsse entschieden werden, ob die Mittel sofort breiter verteilt oder die Verteilungsgerechtigkeit beziehungsweise die Bevorzugung kleinerer Anlagen über längere Zeit priorisiert werden solle. Die Argumentation der FDP sei jedenfalls nachvollziehbar und valide.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erläutert das Abstimmungsverfahren. Wer den Wortlaut des Gemeinderats unterstützen wolle, wonach Photovoltaikanlagen bis 9,99 Kilowatt gefördert würden, stimme mit Ja. Wer den Antrag der FDP unterstütze und die Definition kleiner Photovoltaikanlagen bis 100 Kilowatt übernehmen wolle, stimme mit Nein beziehungsweise sich enthalte sich.

ABSTIMMUNG

Antrag Gemeinderat (Ja) vs. Antrag FDP (Nein): 18 JA / 14 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 9)
(Anmerkung: Die Abstimmungen von Peter Bertschi und Andrea De Fregias wurden protokollarisch aufgenommen).

Beschliessung Energiefondsreglement: 32 JA / 2 Enthaltung (Abstimmung 10)

Antrag 2: Inkrafttreten per 01.01.2026 (rückwirkend): 31 JA / 3 NEIN (Abstimmung 11)

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat beschliesst die Teilrevision des Energiefondsreglements gemäss Beilage.
2. Die revidierten Bestimmungen treten rückwirkend auf den 1. Januar 2026 in Kraft.

Traktandum 9

Gesch. Nr. 130

Abstellplatz-Reglement

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet die Beratung zu Traktandum 9 betreffend die erste Lesung des Abstellplatzreglements und stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Anschliessend bittet er die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher um ihre Wortmeldungen.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Gian Kamber, Mitte/GLP führt aus, die Reduktion der Parkplatzpflicht bei Neubauten erscheine aus Sicht der Mitte/GLP-Fraktion sinnvoll und nachvollziehbar. In gut erschlossenen Gebieten von Binningen liege der Fahrzeugbesitz unter dem kantonalen Durchschnitt. Dies bestätige, dass starre Parkplatzvorgaben nicht mehr zeitgemäss seien. Das Reglement berücksichtige das. Der gewählte Ansatz werde als pragmatisch beurteilt. Bestehende Parkplätze würden nicht aufgehoben, sondern lediglich bei Neubauten flexiblere Vorgaben geschaffen. Dadurch könne unnötiger Flächenverbrauch reduziert werden, ohne die Mobilität einzuschränken. Das Reglement betreffe ausschliesslich private Abstellplätze bei Neubauten, während der öffentliche Parkraum unberührt bleibe.

Die Vorlage stelle aus Sicht der Fraktion eine liberalere Lösung als der bisherige Zustand dar. Sie schaffe Spielraum beim Wohnungsbau und setze stärker auf Eigenverantwortung anstelle starrer Vorgaben. Niemand werde verpflichtet, unnötig viele Parkplätze zu erstellen, wenn kein Bedarf bestehe, etwa

wenn Bewohnerinnen und Bewohner kein Auto besässen oder nutzen wollten. Damit werde Überregulierung vermieden und dem tatsächlichen Bedarf besser Rechnung getragen.

Zudem, führt der Votant weiter aus, entspreche die Vorlage auch ökologischen Anliegen. Weniger Parkplätze bedeuteten weniger versiegelte Flächen und einen geringeren Ressourcenverbrauch. Indirekt würden dadurch auch der Veloverkehr sowie der öffentliche Verkehr gestärkt. Die Mitte/GLP-Fraktion unterstütze deshalb die Anträge 1 und 2 des Gemeinderats.

Roman Oberli, SVP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung des Geschäfts. Der Kanton halte in seiner Stellungnahme zum Planungsbericht fest, dass die theoretischen Annahmen zwar zutreffen könnten, die tatsächliche Nachfrage jedoch höher ausfallen oder die Umsetzung nicht realisierbar sein könne. Der Gemeinderat entgegnete darauf, es handle sich um eine Bedarfs- und nicht um eine Nachfrageanalyse. Dieses Argument erscheine jedoch nicht vollständig nachvollziehbar, zumal im Bericht selbst mehrfach von Nachfrage gesprochen werde, unter anderem auf Seite 18 von 34.

Weiter führt der Votant aus, dass bereits im Bericht festgehalten werde, die Belegung im öffentlichen Raum erreiche teilweise über 100 Prozent. Dies zeige klar, dass ein Bedarf beziehungsweise eine Nachfrage nach bezahlbarem Parkraum bestehe. Genau darum müsse es gehen: um bezahlbare Parkplätze für die Binniger Bevölkerung, insbesondere in der Talsohle.

Der Gemeinderat argumentiere zwar mit einem Überangebot an Stammparkplätzen. Dies möge theoretisch zutreffen, in der Praxis kosteten solche Plätze jedoch oft zwischen 100 und 150 Franken pro Monat. Dieser Betrag sei insbesondere für den Mittelstand angesichts der anhaltenden Teuerung nicht ohne Weiteres tragbar. Die hohe Auslastung des öffentlichen Parkraums bestätige diese Problematik zusätzlich.

Das Reglement trage zudem nicht zu einer CO₂-Reduktion bei, da fehlende Parkplätze am Wohnort zusätzlichen Suchverkehr und damit höheren Energieverbrauch verursachten. Überdies könnten Parkplätze auch ohne Betonierung realisiert werden.

Kritisch beurteilt werde vom Votanten ausserdem die vorgesehene Quote für Velo- und Mofaabstellplätze, welche als überhöht und eher ideologisch als praxisorientiert bezeichnet wird. Da 50 Prozent der Abstellplätze überdacht sein müssten und E-Bikes, E-Roller sowie E-Trottinets künftig einen immer grösseren Anteil der Zweiradmobilität ausmachten, erhöhe sich auch dort der Platzbedarf. Dadurch würden mögliche Einsparungen bei den Autoparkplätzen relativiert oder sogar übertroffen. Beispielhaft wird angeführt, dass bei einem Haus mit sechs Zimmern lediglich ein Autoparkplatz erstellt werden müsse, gleichzeitig jedoch mehrere Zweiradabstellplätze erforderlich würden. Die tatsächliche Flächeneinsparung erscheine deshalb fraglich. Aus diesen Gründen lehne die SVP-Fraktion das Reglement ab und unterstütze die Abschreibung des Postulats.

Karin Glaser, Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des Reglements. Es sei richtig und wichtig, die Regelung tatsächlich bedarfsorientiert auszugestalten. Neu müsse nicht mehr zwingend eine bestimmte Anzahl Parkplätze pro Wohnung oder Haus erstellt werden. Wer einen entsprechenden Bedarf sehe, könne jedoch weiterhin zusätzliche Parkplätze realisieren.

Das Reglement wirke hoffentlich auch lenkungsorientiert, insbesondere in einer Gemeinde wie Binnigen mit sehr guter Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Dadurch würden weniger Autos und folglich auch weniger Autoparkplätze benötigt.

Weiter wird ausgeführt, dass autofreie Quartiere keine neue Entwicklung darstellten. Bereits heute würden Quartiere so konzipiert, dass kein Auto notwendig oder teilweise sogar nicht erlaubt sei.

Die vorgesehenen Mindestanforderungen an Velo- und Mofaabstellplätze werden begrüsst. Aus Sicht der Fraktion dürften diese Anforderungen sogar höher ausfallen, da immer mehr Personen mit dem

Velo oder E-Bike unterwegs seien. Gerade bei bestehenden Gebäuden zeige sich häufig ein Mangel an Zweiradabstellplätzen, was zu ungeordnet abgestellten Velos vor Gebäuden oder in Velokellern führe und verständlicherweise nicht von allen Anwohnenden geschätzt werde.

Positiv hervorgehoben wird zudem, dass weder die Allmend noch die KMU vom Reglement betroffen seien. Die Fraktion Grüne/EVP unterstütze die Anträge und stimme der Abschreibung des Postulats zu.

Andrea De Fregias, SP erklärt, die SP-Fraktion begrüsse das Abstellplatzreglement. Dort, wo eine gute Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr bestehe, würden Parkplätze reduziert, wodurch Boden geschont und Baukosten gesenkt würden. Die SP-Fraktion stimme dem Antrag zu.

Karin Schinzel, FDP hält fest, dass bereits vieles ausgeführt worden sei. Grundsätzlich begrüsse die FDP-Fraktion die zusätzliche Flexibilität und Freiheit für Bauherrschaften, weniger Parkplätze erstellen zu müssen als bisher, gleichzeitig jedoch weiterhin mehr Parkplätze erstellen zu dürfen. Gleichzeitig werde die Entwicklung im öffentlichen Raum aufmerksam beobachtet. Die Fraktion werde darauf achten, dass Parkplätze auf öffentlichem Grund bestehen blieben und nicht schleichend reduziert würden.

Weiter stellt die Votantin einen Änderungsantrag zu § 5 Abs. 3. Dort solle das Wort «arithmetisch» ergänzt werden, um Missverständnisse bei der Rundung zu vermeiden. Der Absatz solle neu wie folgt lauten: «Werte unter 1 werden auf 1 aufgerundet und Werte über 1 werden arithmetisch auf ganze Zahlen gerundet.»

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP dankt für die Wortmeldungen und erkundigt sich, ob sich der Gemeinderat äussern möchte.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP bedankt sich für die positive Aufnahme des neuen Abstellplatzreglements. Der Kanton habe lange gebraucht, um in diesem Bereich Veränderungen einzuleiten. Umso erfreulicher sei es, dass nun auf kommunaler Ebene ein Reglement geschaffen werden könne, das den Bedürfnissen der Gemeinde Binningen entspreche. Er dankt dem Rat für die Unterstützung.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, und eröffnet die Detailberatung des Reglements.

Zu den §§ 1 bis 4 werden keine Änderungsanträge gestellt. Zu § 5 Abs. 3 liegt der Änderungsantrag der FDP vor, wonach das Wort «arithmetisch» ergänzt werden soll. Der Absatz soll neu lauten: «Werte unter 1 werden auf 1 aufgerundet, Werte über 1 werden arithmetisch auf ganze Zahlen gerundet.» Weitere Änderungsanträge zu § 5 sowie zu den §§ 6 bis 10 werden nicht gestellt.

Der Präsident erläutert anschliessend das Abstimmungsverfahren zur Ergänzung von § 5 Abs. 3. Wer mit der Einfügung des Wortes «arithmetisch» einverstanden sei, stimme mit Ja.

ABSTIMMUNG

Antrag Karin Schinzel: 33 JA / 1 Enthaltung (Abstimmung 12)

Anschliessend erfolgt die Abstimmung über das gesamte Abstellplatzreglement in erster Lesung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderung zu § 5.

ABSTIMMUNG

Abstellplatz-Reglement: 26 JA / 7 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 13)

Lewin Lempert, SP stellt angesichts der Mehrheitsverhältnisse den Antrag auf Verzicht der zweiten Lesung.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP verweist auf § 40, wonach auf eine zweite Beratung verzichtet werden könne, sofern zwei Drittel der anwesenden Mitglieder des Einwohnerrats zustimmen. Anschliessend wird über den Verzicht auf die zweite Lesung abgestimmt.

ABSTIMMUNG

Verzicht 2. Lesung: 27 JA / 5 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 14)
Das erforderliche Zweidrittelmehr wird erreicht.

Im Anschluss wird über das Inkrafttreten des Reglements beraten. Der Präsident schlägt vor, das Abstellplatzreglement auf den ersten Tag des Folgemonats nach der Genehmigung durch die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion Basel-Landschaft in Kraft zu setzen.

ABSTIMMUNG

Inkrafttreten nach Genehmigung: 27 JA / 2 NEIN / 5 Enthaltungen (Abstimmung 15)

Abschliessend erfolgt die Abstimmung über die Abschreibung des Postulats Nr. 152/XIII von Lucia Sutter Rehmman.

ABSTIMMUNG

Abschreibung Postulat Nr. 152/XIII L. Sutter Rehmman, Grüne/EVP: 34 JA (Abstimmung 16)
(Anmerkung: Die Abstimmung von Niklas Mattsson wurde protokollarisch festgehalten)

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat beschliesst das Reglement über den Abstellplatzbedarf für Motorfahrzeuge und Velos / Mofas (Abstellplatzreglement) mit folgender Änderung:
§ 5 Abs. 3: Werte unter 1 werden auf 1 aufgerundet, Werte über 1 werden arithmetisch auf ganze Zahlen gerundet.
2. Der Einwohnerrat beschliesst, dass das Abstellplatz-Reglement am ersten Tag des Folgemonats nach der Genehmigung durch die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion Basel-Landschaft in Kraft tritt.
3. Der Einwohnerrat beschliesst, auf eine zweite Beratung zu verzichten.
4. Der Einwohnerrat schreibt das Postulat Nr. 152/XIII von L. Sutter Rehmman, Grüne/EVP Fraktion, ab.

Traktandum 10

Gesch. Nr. 98

Interfraktionelle Interpellation: Mitwirkung ergebnisoffen gestalten L. Lempert, SP: Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware

://: Vershoben.

Traktandum 11

Gesch. Nr. 102

**Postulat R. Oberli, SVP: Begrünung Tramtrasse Linie 10/17. Schmid, SVP: Begrenzung der Stellenpro-
zente und Kosten pro Einwohner in der Gemeindeverwaltung Binningen auf das Niveau von 2019**

://: Vershoben.

Traktandum 12

Gesch. Nr. 104

**Interfraktionelles Postulat: Bessere Ordnung und mehr Sicherheit durch
Zweiradparkplätze**

://: Vershoben.

Traktandum 13

Gesch. Nr. 109

**Interpellation: Umsetzung von sicheren Velorouten in der Gemeinde
Binningen**

://: Vershoben.

Diversa

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP stellt fest, dass es nach 22.00 Uhr sei und keine weiteren Traktanden mehr behandelt würden. Mangels dringender Geschäfte werde auf die Reserve-Sitzung vom 18. Mai 2026 verzichtet. Die nächste Sitzung des Einwohnerrats finde somit am 22. Juni 2026 statt.

Der Präsident weist darauf hin, dass es sich bei der heutigen Sitzung um die letzte Sitzung von Jonathan Noack handle. Dieser habe per Ende Mai seinen Rücktritt erklärt, da er aus Binningen wegziehe. Jonathan Noack sei seit Juli 2023 Mitglied des Einwohnerrats und Teil der SP-Fraktion gewesen. Ab Juli 2024 habe er das Amt des Co-Fraktionspräsidenten ausgeübt. Seit 2023 sei er zudem stellvertretendes Mitglied der GRPK beziehungsweise anschliessend der GPK gewesen. Seit Juli 2024 habe er ausserdem als stellvertretendes Mitglied der BPK amtiert.

Der Präsident würdigt die überlegten und konstruktiven Ratsbeiträge von Jonathan Noack und dankt ihm im Namen des gesamten Rates für sein Engagement. Für die Zukunft werden ihm die besten Wünsche ausgesprochen. *Der Rat spendet Applaus.* Jonathans Nachfolger wird voraussichtlich Emil Schoch sein

Weiter teilt der Präsident mit, dass auch für die Ratssekretärin Sandra Matter die heutige Sitzung die letzte sei. Sandra Matter habe den Einwohnerrat seit dem vergangenen Herbst als Vertretung für Linda Gerstner während deren Mutterschaftsurlaubs begleitet. Linda Gerstner werde ab Juni wieder in ihre Funktion zurückkehren.

Der Präsident dankt Sandra Matter für ihre pflichtbewusste und kompetente Unterstützung des Rats sowie für ihre hilfsbereite und positive Art. Besonders hervorgehoben wird ihr Einsatz im Zusammenhang mit dem Einwohnerratsausflug im März. Die Zusammenarbeit sei sehr geschätzt worden. Für die Zukunft werden ihr ebenfalls die besten Wünsche ausgesprochen. *Der Rat spendet Applaus.*

Anschliessend erkundigt sich der Präsident nach weiteren Mitteilungen aus dem Rat.

Roman Oberli, SVP richtet eine Frage an den Gemeinderat betreffend das Geschäft Sonnenbad und erkundigt sich nach einem möglichen Zeithorizont für die Behandlung im Einwohnerrat.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP bedankt sich für die Frage und erklärt, dass im Juni erneut eine Einwohnerratssitzung stattfindet. Er hoffe, dem Rat bis dahin eine entsprechende Vorlage unterbreiten zu können.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP fragt nach weiteren Wortmeldungen aus dem Rat beziehungsweise Mitteilungen aus dem Gemeinderat. Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, erklärt er um 22.10 Uhr die Sitzung als geschlossen und lädt zum anschliessenden Apéro ein.

Abstimmung 2: Gesch. Nr. 46, Variante 16.10.2025 (Nein) vs. Variante 07.07.2025 (Ja)

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 04.05.2026 19:59:22

Gesamtergebnis:	Ja:	18
	Nein:	15
	Enthaltung:	1
	Gesamt:	33

Individuelle Ergebnisse:

Christian Schmid	Nein
Olivier Kremo	Nein
Roman Oberli	Nein
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Nein
Charlotte Marti	Nein
Niklas Mattsson	Nein
Kevin Lancashire	Nein
Karin Schinzel	Nein
Dunja Bühler	Nicht anwesend
Marco Giani	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nein
Brigitte Schori	Nein
Jonas Lüthi - La Roche	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Nein
Thomas Haeefe	Nein
Leon Behrends	Nein
Evelyne Treuthardt	Nein
Rahel Amacker	Ja
Nina Eldridge	Ja
Monique van Loon	Nicht anwesend
Felix Gerber	Enthaltung
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Jonathan Noack	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Nicht anwesend
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Nicht anwesend
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 3: Gesch. Nr. 46, Variante vom 07.07.2025

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 04.05.2026 20:00:51

Gesamtergebnis:	Ja:	18
	Nein:	15
	Enthaltung:	1
	Gesamt:	34

Individuelle Ergebnisse:

Christian Schmid	Nein
Olivier Kremo	Nein
Roman Oberli	Nein
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Nein
Charlotte Marti	Nein
Niklas Mattsson	Nein
Kevin Lancashire	Nein
Karin Schinzel	Nein
Dunja Bühler	Nicht anwesend
Marco Giani	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nein
Brigitte Schori	Nein
Jonas Lüthi - La Roche	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Nein
Thomas Haeefe	Nein
Leon Behrends	Nein
Evelyne Treuthardt	Nein
Rahel Amacker	Ja
Nina Eldridge	Ja
Monique van Loon	Nicht anwesend
Felix Gerber	Enthaltung
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Jonathan Noack	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Nicht anwesend
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Nicht anwesend
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 4: Gesch. Nr. 46, Behördenreferendum

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 04.05.2026 20:02:58

Gesamtergebnis:	Ja:	14
	Nein:	19
	Enthaltung:	1
	Gesamt:	34

Individuelle Ergebnisse:

Christian Schmid	Ja
Olivier Kremo	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Ja
Karin Schinzel	Ja
Dunja Bühler	Nicht anwesend
Marco Gianì	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Ja
Brigitte Schori	Enthaltung
Jonas Lüthi - La Roche	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Thomas Haeefe	Ja
Leon Behrends	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Rahel Amacker	Nein
Nina Eldridge	Nein
Monique van Loon	Nicht anwesend
Felix Gerber	Nein
Lukas Jegge	Nein
Gian Kamber	Nein
Oliver Peter	Nein
Ralph Büchelin	Nein
Lewin Lempert	Nein
Patrick Bürgler	Nein
Özlem Ipek-Avvisati	Nein
Erik Schellenberg	Nein
Jonathan Noack	Nein
Karin Müller	Nein
Andrea De Fregias	Nein
Gaida Löhr	Nicht anwesend
Aline Glaser	Nein
Karin Glaser	Nein
Elif Çakar	Nicht anwesend
Urs Hauri	Nein
Peter Bertschi	Nein
Sirin Hauri	Nein

Abstimmung 5: Gesch. Nr. 83, Antrag Diskussion

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 04.05.2026 20:07:02

Gesamtergebnis:	Ja:	31
	Nein:	1
	Enthaltung:	1
	Gesamt:	33

Individuelle Ergebnisse:

Christian Schmid	Ja
Olivier Kremo	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Ja
Karin Schinzel	Ja
Dunja Bühler	Nicht anwesend
Marco Gianì	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Ja
Brigitte Schori	Nein
Jonas Lüthi - La Roche	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Thomas Haeefe	Ja
Leon Behrends	Enthaltung
Evelyne Treuthardt	Ja
Rahel Amacker	Ja
Nina Eldridge	Ja
Monique van Loon	Nicht anwesend
Felix Gerber	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	-
Jonathan Noack	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Nicht anwesend
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Nicht anwesend
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 6: Gesch. Nr. 84, Ordnungsantrag, P. Frauchiger (FDP)

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 04.05.2026 20:58:56

Gesamtergebnis:	Ja:	28
	Nein:	3
	Enthaltung:	3
	Gesamt:	34

Individuelle Ergebnisse:

Christian Schmid	Enthaltung
Olivier Kremo	Ja
Roman Oberli	Enthaltung
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Ja
Karin Schinzel	Ja
Dunja Bühler	Nicht anwesend
Marco Gianì	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Ja
Brigitte Schori	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Thomas Haeefe	Ja
Leon Behrends	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Rahel Amacker	Ja
Nina Eldridge	Ja
Monique van Loon	Nicht anwesend
Felix Gerber	Nein
Lukas Jegge	Enthaltung
Gian Kamber	Nein
Oliver Peter	Nein
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Jonathan Noack	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Nicht anwesend
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Nicht anwesend
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 7: Gesch. Nr. 84, Überweisung Postulat

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 04.05.2026 21:10:08

Gesamtergebnis:	Ja:	18
	Nein:	16
	Enthaltung:	0
	Gesamt:	34

Individuelle Ergebnisse:

Christian Schmid	Ja
Olivier Kremo	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Ja
Karin Schinzel	Ja
Dunja Bühler	Nicht anwesend
Marco Gianì	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Ja
Brigitte Schori	Nein
Jonas Lüthi - La Roche	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Thomas Haeefe	Ja
Leon Behrends	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Rahel Amacker	Ja
Nina Eldridge	Ja
Monique van Loon	Nicht anwesend
Felix Gerber	Nein
Lukas Jegge	Nein
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Ralph Büchelin	Nein
Lewin Lempert	Nein
Patrick Bürgler	Nein
Özlem Ipek-Avvisati	Nein
Erik Schellenberg	Nein
Jonathan Noack	Nein
Karin Müller	Nein
Andrea De Fregias	Nein
Gaida Löhr	Nicht anwesend
Aline Glaser	Nein
Karin Glaser	Nein
Elif Çakar	Nicht anwesend
Urs Hauri	Nein
Peter Bertschi	Nein
Sirin Hauri	Nein

Abstimmung 8: Gesch. Nr. 128, Nachtragskredit Schloss Binningen

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 04.05.2026 21:25:05

Gesamtergebnis:	Ja:	33
	Nein:	0
	Enthaltung:	1
	Gesamt:	34

Individuelle Ergebnisse:

Christian Schmid	Ja
Olivier Kremo	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Ja
Karin Schinzel	Ja
Dunja Bühler	Nicht anwesend
Marco Gianì	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Ja
Brigitte Schori	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Enthaltung
Thomas Haeefe	Ja
Leon Behrends	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Rahel Amacker	Ja
Nina Eldridge	Ja
Monique van Loon	Nicht anwesend
Felix Gerber	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Jonathan Noack	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Nicht anwesend
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Nicht anwesend
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 9: Gesch. Nr. 129, Antrag GR (Ja) vs. Antrag FDP (Nein)

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 04.05.2026 21:46:38

Gesamtergebnis:	Ja:	18
	Nein:	14
	Enthaltung:	2
	Gesamt:	34

Individuelle Ergebnisse:

Christian Schmid	Nein
Olivier Kremono	Nein
Roman Oberli	Enthaltung
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Nein
Charlotte Marti	Nein
Niklas Mattsson	Nein
Kevin Lancashire	Nein
Karin Schinzel	Nein
Dunja Bühler	Nicht anwesend
Marco Gianini	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nein
Brigitte Schori	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Nein
Thomas Haeefe	Nein
Leon Behrends	Nein
Evelyne Treuthardt	Nein
Rahel Amacker	Ja
Nina Eldridge	Ja
Monique van Loon	Nicht anwesend
Felix Gerber	Nein
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Jonathan Noack	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Nicht anwesend
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Nicht anwesend
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Enthaltung

Abstimmung 10: Gesch. Nr. 129, Beschliessung Energiefondsreglement

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 04.05.2026 21:47:47

Gesamtergebnis:	Ja:	32
	Nein:	0
	Enthaltung:	2
	Gesamt:	34

Individuelle Ergebnisse:

Christian Schmid	Ja
Olivier Kremo	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Ja
Karin Schinzel	Ja
Dunja Bühler	Nicht anwesend
Marco Gianì	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Ja
Brigitte Schori	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Enthaltung
Thomas Haeefe	Ja
Leon Behrends	Enthaltung
Evelyne Treuthardt	Ja
Rahel Amacker	Ja
Nina Eldridge	Ja
Monique van Loon	Nicht anwesend
Felix Gerber	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Jonathan Noack	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Nicht anwesend
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Nicht anwesend
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 11: Gesch. Nr. 129, Antrag 2: Inkrafttreten per 01.01.2026 (rückwirkend)

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 04.05.2026 21:48:27

Gesamtergebnis:	Ja:	31
	Nein:	3
	Enthaltung:	0
	Gesamt:	34

Individuelle Ergebnisse:

Christian Schmid	Ja
Olivier Kremo	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Ja
Karin Schinzel	Ja
Dunja Bühler	Nicht anwesend
Marco Gianì	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Ja
Brigitte Schori	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Nein
Thomas Haeefe	Nein
Leon Behrends	Nein
Evelyne Treuthardt	Ja
Rahel Amacker	Ja
Nina Eldridge	Ja
Monique van Loon	Nicht anwesend
Felix Gerber	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Jonathan Noack	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Nicht anwesend
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Nicht anwesend
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 12: Gesch. Nr. 130, Antrag K. Schinzel

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 04.05.2026 22:00:16

Gesamtergebnis:	Ja:	33
	Nein:	0
	Enthaltung:	1
	Gesamt:	34

Individuelle Ergebnisse:

Christian Schmid	Ja
Olivier Kremo	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Ja
Karin Schinzel	Ja
Dunja Bühler	Nicht anwesend
Marco Gianì	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Ja
Brigitte Schori	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Thomas Haeefe	Ja
Leon Behrends	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Rahel Amacker	Ja
Nina Eldridge	Ja
Monique van Loon	Nicht anwesend
Felix Gerber	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Enthaltung
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Jonathan Noack	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Nicht anwesend
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Nicht anwesend
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 13: Gesch. Nr. 130, Abstellplatz-Reglement

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 04.05.2026 22:01:22

Gesamtergebnis:	Ja:	26
	Nein:	7
	Enthaltung:	1
	Gesamt:	34

Individuelle Ergebnisse:

Christian Schmid	Nein
Olivier Kremo	Nein
Roman Oberli	Nein
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Nein
Charlotte Marti	Nein
Niklas Mattsson	Nein
Kevin Lancashire	Ja
Karin Schinzel	Ja
Dunja Bühler	Nicht anwesend
Marco Gianì	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Ja
Brigitte Schori	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Enthaltung
Thomas Haeefe	Ja
Leon Behrends	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Rahel Amacker	Ja
Nina Eldridge	Ja
Monique van Loon	Nicht anwesend
Felix Gerber	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Jonathan Noack	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Nicht anwesend
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Nicht anwesend
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 14: Gesch. Nr. 130, Verzicht 2. Lesung

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 04.05.2026 22:02:23

Gesamtergebnis:	Ja:	27
	Nein:	5
	Enthaltung:	2
	Gesamt:	34

Individuelle Ergebnisse:

Christian Schmid	Nein
Olivier Kremo	Enthaltung
Roman Oberli	Nein
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Nein
Charlotte Marti	Enthaltung
Niklas Mattsson	Nein
Kevin Lancashire	Ja
Karin Schinzel	Ja
Dunja Bühler	Nicht anwesend
Marco Gianì	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Ja
Brigitte Schori	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Thomas Haeefe	Ja
Leon Behrends	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Rahel Amacker	Ja
Nina Eldridge	Ja
Monique van Loon	Nicht anwesend
Felix Gerber	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Jonathan Noack	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Nicht anwesend
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Nicht anwesend
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 15: Gesch. Nr. 130, Abstellplatzreglement: Inkrafttreten nach Genehmigung

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 04.05.2026 22:03:39

Gesamtergebnis:	Ja:	27
	Nein:	2
	Enthaltung:	5
	Gesamt:	34

Individuelle Ergebnisse:

Christian Schmid	Enthaltung
Olivier Kremo	Enthaltung
Roman Oberli	Enthaltung
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Nein
Charlotte Marti	Enthaltung
Niklas Mattsson	Enthaltung
Kevin Lancashire	Ja
Karin Schinzel	Ja
Dunja Bühler	Nicht anwesend
Marco Gianì	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Ja
Brigitte Schori	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Thomas Haeefe	Ja
Leon Behrends	Ja
Evelyne Treuhardt	Ja
Rahel Amacker	Ja
Nina Eldridge	Ja
Monique van Loon	Nicht anwesend
Felix Gerber	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Jonathan Noack	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Nicht anwesend
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Nicht anwesend
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 16: Gesch. Nr. 130, Abschreibung Postulat Nr. 152/XIII L. Sutter Rehmann, Grüne/EVP

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 04.05.2026 22:04:19

Gesamtergebnis:	Ja:	34
	Nein:	0
	Enthaltung:	0
	Gesamt:	34

Individuelle Ergebnisse:

Christian Schmid	Ja
Olivier Kremo	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Ja
Karin Schinzel	Ja
Dunja Bühler	Nicht anwesend
Marco Gianì	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Ja
Brigitte Schori	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Thomas Haeefe	Ja
Leon Behrends	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Rahel Amacker	Ja
Nina Eldridge	Ja
Monique van Loon	Nicht anwesend
Felix Gerber	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Jonathan Noack	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Nicht anwesend
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Nicht anwesend
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja